

PERSONENFREIZÜGKEIT - Bundesgericht macht den Weg frei für die GAV-Kautionspflicht **5**

ENERGIEPOLITIK - Die Berner Abstimmung über das KKW Mühleberg ist kein lokales Problem **6**

VERSICHERUNGSBERATUNG - Was passiert, wenn der Lehrling teure Kundenware beschädigt? **8**

SCHWEIZERISCHE Gewerbezeitung

AZA 3001 Bern

DIE WOCHENZEITUNG FÜR KMU

DIE MEINUNG



Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband sgv

KMU-Rating: Gewerbliche Interessen sind zentral

Es ist eine bekannte Tatsache: Wer ins Parlament gewählt werden will, braucht eine breite Unterstützung. Logisch, dass die kantonalen Gewerbeverbände gesuchte Wahl-Plattformen sind. Logisch auch, dass jeweils am Ende einer Legislatur Rückschau gehalten wird: Wie sehr haben sich die Parlamentarier für KMU-Interessen eingesetzt? Wie sehr die Gewerbe-Anliegen vertreten?

Wir wollten es genauer wissen. Zum ersten Mal hat deshalb der sgv das Abstimmungsverhalten im Nationalrat untersucht lassen (vgl. S. 4). Natürlich ist uns klar, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht Mandatsträger des Gewerbeverbandes sind. Sie sind unabhängig und nur den Wählerinnen und Wählern verpflichtet. In allererster Linie vertreten sie ihre Partei, in zweiter Linie auch ihren Kanton. Erst dann folgt der Einsatz für andere Interessen. Dazu stehen wir. Deshalb kommentieren wir weder die Positionierung der einzelnen Parteien und noch viel weniger einzelne Persönlichkeiten. Trotzdem hilft ein KMU-Rating aufzuzeigen, inwiefern die sgv-Positionen in gewerblichen Kernanliegen auch wirklich unterstützt werden. Analysiert wurden über 350 Abstimmungen, von der Aktienrechtsreform über die Personenfreizügigkeit oder die Stabilisierungsmassnahmen, bis zu Sozial- und Umweltfragen. Wer auf die Wahlplattformen der kantonalen Gewerbeverbände aufsteigen will, muss unsere Interessen nicht nur kennen, sondern diese auch in den Vordergrund seines politischen Handelns stellen. Im Grundsatz sollten sich echte KMU-Vertreter im eidgenössischen Parlament der Prosperität des Gewerbes verpflichtet fühlen und folglich entlang der strategischen Ziele des sgv politisieren.

Als Interessensorganisation und grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft ist der sgv daran interessiert, mit allen Kräften, die sich für die Anliegen unserer KMU einsetzen - namentlich aber den bürgerlichen Parteien - zusammenzuarbeiten. Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, scheuen wir aber auch nicht vor Allianzen mit Vertretern der Linken zurück, wenn dies der Sache und unseren eigenen Zielsetzungen dient. Gemeinsam gehen wir gegen die Scheinselbstständigkeit vor, zusammen haben wir eine KMU-feindliche Revision der Unfallversicherung bachab geschickt.

62. GEWERBLICHE WINTERKONFERENZ - Die eidgenössischen Wahlen 2011 standen im Zentrum des erstmals vom neuen sgv-Präsidenten Bruno Zuppiger geleiteten Anlasses.

«Wählt mehr KMU-Vertreter»

Heute geht in Klosters die 62. Gewerbliche Winterkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv zu Ende. Während dreier Tage trafen sich Exponenten der Schweizer KMU-Wirtschaft und der Politik, um unter dem Motto «KMU im Zeichen von Politik und Wahlen 2011» die Weichen fürs Wahljahr zu stellen.

Erfolge der neuen Strategie

In seinem ersten Präsidialreferat bezieht sich der seit gut sieben Monaten amtierende Gewerbeverbandspräsident Nationalrat Bruno Zuppiger auf die Strategie des sgv. Der Verband sei auf Kurs, so Zuppiger, die Strategie werde Schritt für Schritt umgesetzt und erste messbare Erfolge seien bereits ersichtlich. Die Berufsbildungspolitik bezeichnete Zuppiger als eines der wichtigsten Themen des Verbands. Einer Akademisierung der Berufslehre erteilte der sgv-Präsident eine klare Absage: «Nicht ein Heer von selbst ernannten Berufsbildungsexperten brauchen wir, sondern die Berufslehre muss wieder näher zur Wirtschaft herangeführt werden.» Zudem forderte Zuppiger, dass die seit 2006 in der Verfassung verankerte Gleichwertigkeit von beruflicher



Heisse Diskussion im kalten Klosters: sgv-Präsident Nationalrat Bruno Zuppiger (Mitte) mit Unternehmer Thomas Minder (r.) und Nationalrat Pirmin Bischof diskutierten die Abzocker-Initiative.

und akademischer Bildung nun endlich realisiert werde.

In einem Interview mit der Gewerbezeitung stellt Nationalrat Zuppiger zur Kontroverse um eine angebliche «Politisierung» seine Amtes klipp und klar fest: «Der sgv-Präsident war seit jeher ein eidgenössischer Parlamentarier.» Seine Vorgänger, zwei Vertreter der FDP und einer von der CVP, seien - wie er selber - von einer Partei portiert worden. Dass er nun die unter seinem FDP-Vorgänger erarbeitete sgv-Strategie mit «ungeschminkten, in der Öffentlichkeit erhobenen Forderungen» umsetze, sei «nicht SVP-, sondern gewerbefreundlich».

So stimmten die Nationalräte

Zum Auftakt ins Wahljahr liess der sgv vom Zürcher Politologen Michael Hermann erstmals ein Rating über das Abstimmungsverhalten aller Nationalratsmitglieder zu KMU-relevanten Themen erstellen. Für Zup-

piger ist dies ein wertvolles Instrument: «Unser Wahlziel ist eine wesentliche Verstärkung der gewerblichen Standesvertretung in den eidgenössischen Räten. Eine Bilanz über das Stimmverhalten der bisherigen Ratsmitglieder und der Parteien kann aufzeigen, ob sie die gewerbliche Wirtschaft auch wirklich unterstützen oder ob sie vor den Wahlen bloss leere Versprechungen abgeben».

Sicherheit und «Abzocker»

Heute Freitag gibt sich Verteidigungsminister Ueli Maurer in Klosters die Ehre und referiert zum Thema «Sicherheit als Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft».

Bereits am Mittwoch hatten Unternehmer Thomas Minder, Urheber der Abzocker-Initiative, CVP-Nationalrat Pirmin Bischof und sgv-Präsident Nationalrat Zuppiger die Klängen gekreuzt.

In einem flammenden Referat nannte Minder die «exorbitanten Bussen», welche in den USA gegen Schweizer Multis verhängt wurden, den «Beweis dafür, dass die Firmen zu gross geworden sind». Die nächsten verheerenden Abstürze seien vorprogrammiert, wenn die Politik nicht endlich entschlossen eingreife. Die Wirtschaftspolitik müsse wieder auf KMU und Kleinstunternehmer ausgerichtet werden, nicht auf die Grössten der Grossen.

Bischof bezeichnete Minders «Glauben an den Staat» als Denkfehler. sgv-Präsident Zuppiger signalisierte Verständnis für Minders Anliegen, mahnte aber zugleich, nicht die Liberalität der Marktordnung aufs Spiel zu setzen - und insbesondere die KMU nicht zusätzlich zu belasten. *En*

BERICHTE AUF SEITEN 2-4

LINK
www.sgv-usam.ch

«FRANKEN-KRISENGIPFEL» - Heute Freitag diskutieren in Bern Spitzen aus Politik und Wirtschaft brennende Währungsfragen. Der sgv rechnet nicht mit gewichtigen Beschlüssen.

«Patentrezepte gibt es nicht»

Der anhaltende Höhenflug des Schweizer Frankens hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) veranlasst, die Kommission für Wirtschaftspolitik zu einer Lagebeurteilung einzuladen. Laut SECO-Chef Staatssekretär Jean-Daniel Gerber sollen dabei Auswirkungen, Chancen und Risiken der aktuellen Situation auf den Devisenmärkten aus Sicht der Wirtschaft diskutiert werden. Der sgv wird mit von der Partie sein, erwartet jedoch laut Direktor Hans-

Ulrich Bigler «nicht mehr als eine offene Aussprache». Klare Worte brauche es dringend, denn Patentrezepte zur Lösung der Problematik des überbewerteten Frankens gebe es nicht. Dem Gewebedirektor missfallen insbesondere die aus dem linken Spektrum stammenden Forderungen nach der Anbindung des Frankens an den Euro. «Wir müssen uns vor Staatsinterventionismus hüten. Ein Kniefall vor dem Euro wäre für die Währungsautonomie der Nationalbank verhee-

rend. Zudem würden damit die Zinsen nach oben getrieben und die Inflation angeheizt», hält Bigler fest. Die Aussprache habe aber auch den Vorteil, dass linke Unterstellungen, die Schweizer Banken würden spekulative Transaktionen gegen den Franken betreiben, aus der Welt geschafft werden könnten. Der sgv werde in die Runde sicherlich aktuelle Klagen seiner Mitgliedverbände - insbesondere jene von Swissmechanic - über negative Begleiterscheinungen bei den Ein-

führen einbringen. Bigler nimmt kein Blatt vor den Mund: «Es ist störend, wenn Schweizer KMU im Import 10 bis 20 Prozent höhere Preise bezahlen müssen als sonst im Euroraum. Da nutzen die Importeure offensichtlich ihre Marktmacht aus.» Der sgv werde auch sonst peinlich genau darauf achten, dass die Zulieferer der Exportindustrie - vor allem KMU, die ihre Produktion nicht ins billigere Ausland verlegen können - nicht zusätzlich belastet werden. *Lu*

PRÄSIDENTIALREFERAT KLOSTERS – Seine gewerbliche Standortbestimmung 2011 zur Eröffnung der 62. Winterkonferenz in Klosters fokussierte sgv-Präsident Bruno Zuppiger auf die Berufsbildung, die Regulierungskosten und die Wahlen 2011.

KMU im Zeichen von Politik und Wahlen



sgv-Präsident Nationalrat Bruno Zuppiger eröffnete die 62. Gewerbliche Winterkonferenz in Klosters: Sein erstes Präsidialreferat widmete er den Themen Berufsbildung, Regulierungskosten und den Wahlen 2011.

Erstmals als Gewerbeverbandpräsident hielt Nationalrat Bruno Zuppiger diese Woche die Eröffnungsrede der auch «Davos des Gewerbes» genannten Winterkonferenz in Klosters. Sein Präsidialreferat stellte Zuppiger unter das Motto «KMU im Zeichen von Politik und Wahlen 2011». «Leitschnur unseres Handelns», so der sgv-Präsident, «ist die Strategie 2008, die noch von meinen – notabene vor allem freisinnigen – Vorgängern erarbeitet worden ist, und nicht irgendwelche Parteiprogramme oder Anweisungen von Parteizentralen, wie gerne immer wieder und genüsslich kolportiert wird.» Zu Beginn des Wahljahrs stellte der «oberste Gewerbler der Schweiz» klipp und klar fest: «Wir machen KMU-Politik und keine Parteipolitik. Dies galt gestern, dies gilt heute, und dies wird morgen gelten.»

Messbare Erfolge

Der Verband sei auf Kurs, die sgv-Strategie werde schrittweise umgesetzt. Als «handfeste Erfolge» bezeichnete Zuppiger etwa den Widerstand des sgv gegen die IV-Zusatzfinanzierung, der massgeblich dazu beigetragen habe, dass die Mehrwertsteuer zugunsten der IV um «bloss» 0,4 und nicht wie vom Bundesrat beantragt, um 0,8 Prozent erhöht worden sei. «Dies bringt jährliche Minderausgaben von rund 1,3 Milliarden Franken mit sich.» Nicht zuletzt dank des beharrlichen Einsatzes des sgv seien zudem die jüngsten Strompreiserhöhungen weniger drastisch ausgefallen, nämlich lediglich um 2 Prozent anstatt der angedrohten 10 Prozent, womit Mehrkosten in der Grössenordnung von 380 Millionen Franken wegfallen würden.

Berufsbildungspolitik

Die Berufsbildungspolitik bezeichnete Zuppiger als eines der wichtigsten

Themen des sgv. «Hier haben wir die Themenführerschaft. 70 Prozent aller Lernenden werden bekanntlich in gewerblichen KMU ausgebildet.» Das duale Berufsbildungssystem sei anerkanntermassen einer der Hauptgründe, weshalb es der Schweiz im Vergleich zum Ausland besser gehe und die Arbeitslosigkeit besonders bei den Jugendlichen wesentlich tiefer liege.

Zur zukünftigen Ausgestaltung der Berufslehre sagte Zuppiger: «Die unlängst propagierten Modelle unterwandern durch eine völlige Überbewertung der Gymnasialen Bildung die Berufslehren und wollen damit ein Zweiklassensystem in der Berufsbildung einführen. Der sgv lehnt eine solche Abwertung des dualen Berufsbildungssystems ohne Wenn und Aber ab. Wir wollen keine Akademisierung der Berufslehre.» Im Gegenteil: Die Berufslehre müsse näher zur Wirtschaft herangeführt werden und bei der Weiterentwicklung des dualen Berufsbildungssystems müssten wieder vermehrt die Praktiker zum Zuge kommen «und nicht ein Heer von selbst ernannten Berufsbildungsexperten».

Die Höhere Berufsbildung sei jedoch in Gefahr, mahnte der sgv-Präsident. «Die seit 2006 in der Bundesverfassung verankerte Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist bisher toter Buchstabe geblieben: Den akademischen Bereich lässt sich der Bund alljährlich 7 Milliarden Franken kosten, während er für die Höhere Berufsbildung bloss 180 Millionen Franken ausgibt.»

Diese Ungleichbehandlung akzeptiere der sgv nicht mehr länger und fordere deshalb für die Höhere Berufsbildung zusätzliche 500 Millionen Franken und damit verbunden die notwendige Anpassung des Be-

rufsbildungsgesetzes. «Mit dieser Forderung soll schlicht und einfach der Betrag kompensiert werden, der in den letzten 10 Jahren bei der Höheren Berufsbildung stillschweigend verloren gegangen ist.»

Abbau der Regulierungskosten

Bereits im Vorjahr war an derselben Stelle, damals von sgv-Vizepräsidentin Kathrin Anderegg, festgehalten worden, der Kampf gegen die administrative Belastung der KMU und die grassierende Verbotitis sei das Kernthema des sgv. «Wir haben Wort gehalten und Nägel mit Köpfen gemacht», sagte Zuppiger und erinnerte an die «Resolution von Lugano»: Am 28. Mai 2010 hatte der Schweizerische Gewebekongress im Tessin die Resolution «Für eine Wachstums- politik durch nachhaltige KMU-Entlastung» verabschiedet, die eine Verringerung der Regulierungskosten um netto 20 Prozent oder 10 Milliarden Franken verlangt.

Gemäss einer Schätzung des sgv betragen die Regulierungskosten in der Schweiz rund 50 Milliarden Franken oder 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Das seco seinerseits schätzt diese Zahl als durchaus realistisch ein. Ständerat sgv-Vorstandsmitglied Jean-René Fournier und Nationalrat Zuppiger selber haben deshalb in zwei Postulaten eine systematische Messung der gesamten Regulierungskosten verlangt. Das seco wird nun die fünfzehn kostenträchtigsten Bereiche bis Ende 2013 messen, damit auf dieser Grundlage – auch nach dem Willen des Bundesrates – unnötige Regulierungen reduziert werden können.

Darüber hinaus seien im sgv Vorschläge zur Aufwertung des KMU-Forums ausgearbeitet worden, die Ende Januar dem Departementschef des EVD vorgestellt werden sollen. «Wir schlagen dabei vor, dass dem KMU-Forum neu die Aufgabe einer verwaltungsunabhängigen KMU-Regulierungskontrollinstanz zukommt. Dies beinhaltet insbesondere die Kompetenz, Vorlagen zur Überarbeitung an die Behörden zurückweisen zu können, wenn diese nicht kosten-

neutral sind, d.h. wenn diese also zusätzliche Kosten für die KMU nach sich ziehen.»

Unabhängig von der Umsetzung der Resolution von Lugano setze der Gewerbeverband seinen Kampf für den Abbau von Regeln und Vorschriften und für die Senkung von Gebühren, Abgaben und Steuern fort. Als «Paradebeispiel» aus dem vergangenen Jahr nannte Zuppiger die «Grossoffensive gegen die Billag». Dabei seien Etappensiege errungen worden: «Die Doppelbelastung der KMU mit Radio- und TV-Gebühren ist mittlerweile schweizweit ein Thema, und auch die eidgenössischen Räte haben sich intensiv mit der Billag befasst. Der sgv ist dabei seinem erklärten Ziel – keine Doppelbelastungen für KMU – einen wesentlichen Schritt näher gekommen.» Ebenso habe der sgv im Parlament initiiert, dass die Rechnungen nur noch einmal jährlich verschickt würden. «Dies reduziert den administrativen Aufwand um 10 Millionen Franken – Geld, das unseres Erachtens nicht dem Bund gehört, sondern den Gebührenzahlern zurückzuerstatten ist.»

Gemeinsamer Kampf

«In unserem Kampf gegen die Regulierungswut sind wir glücklicherweise nicht allein», so Zuppiger weiter. So hat die FDP kürzlich unter dem Titel «Bürokratie-Stopp» eine Volksinitiative gegen die überbordende Regulierungswut gestartet. «Der sgv steht vollumfänglich hinter diesem Begehren», sagte Zuppiger weiter und appellierte an die Kantone, den sgv im Kampf gegen die Regulierungswut zu unterstützen: «Vieles spielt sich nämlich auf Kantons- und Gemeindeebene ab.»

Auftakt ins Wahljahr 2011

Damit war der Bogen zur Politik und den «Wahlen 2011» gespannt. «Der sgv ist im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im kommenden Herbst an der Wahl möglichst vieler KMU-Vertreter und -Vertreterinnen interessiert, die sich zu unserer Strategie und Stossrichtung im Allgemeinen und den strategischen Zielen des sgv im Speziellen

bekennen», sagte Zuppiger. Auf dieser Grundlage könne die Parlamentarische Gewerbegruppe und das Lobbying im Parlament für die Legislaturperiode 2011 – 2015 gestärkt werden. «Je mehr KMU-Vertreterinnen und -Vertreter gewählt werden, desto besser werden wir unsere Interessen durchsetzen können – so einfach ist das.»

Es gelte daher, im Hinblick auf die Wahlen 2011 den Fokus vermehrt auf das KMU-Profil der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten zu richten. Aufgrund der strategischen Ziele 2010 – 2014 des Gewerbeverbands werde der sgv ein 7-Punkte-Programm ausarbeiten und dieses den Kantonalen Gewerbeverbänden zukommen lassen, um sie bei ihren Wahlempfehlungen zu unterstützen.

«Selbstverständlich handelt es sich nicht um ein Diktat aus Bern», stellte Zuppiger klar, «sondern um eine Hilfestellung vor allem an jene Kantone, die sich bisher mit Wahlempfehlungen eher zurückgehalten haben.»

Grundlagen des Wohlstands

Abschliessend rief der sgv-Präsident den in Klosters versammelten Gewerbebefreunden aus der ganzen Schweiz «fünf wesentliche Grundlagen unseres Wohlstands» in Erinnerung. Dazu zählt laut Zuppiger

- eine liberale Verfassungs- und Rechtsordnung;
- die föderalistische Staatsordnung und direkte Demokratie;
- ein funktionierender Steuerwettbewerb;
- ein flexibler Arbeitsmarkt verbunden mit der Sozialpartnerschaft sowie
- das duale Berufsbildungssystem.

«Tragen wir Sorge zu diesen Trumpfkarten», forderte der sgv-Präsident, «kämpfen wir mit Engagement und Herzblut für diese Grundwerte und schliessen wir die Reihen.» Im Vordergrund stünden dabei nicht Privilegien und Vorteile für die KMU. «Vielmehr muss unser Wirken auf Wachstum und Wohlstand ausgerichtet sein, die dem ganzen Land und der gesamten Bevölkerung in der Schweiz zu Gute kommen.»



Auftakt zur 62. Gewerblichen Winterkonferenz in Klosters (v.l.): sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler mit Markus Haltiner (Gemeindepräsident Klosters-Serneus) und Urs Schädler (Präsident KGV Graubünden).

BRUNO ZUPPIGER – Der sgv-Präsident will bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober eine wesentliche Verstärkung der gewerblichen Standesvertretung erreichen – zugunsten der 300 000 vom Gewerbeverband vertretenen KMU.

«Klosters stellt Weichen ins Wahljahr»

Gewerbezeitung: Sie sind nun seit sieben Monaten sgv-Präsident. Mögen Sie das nicht gerade einfache Amt noch immer?

■ **Bruno Zuppiger:** Ja, das Amt des Gewerbeverbandspräsidenten ist für mich eine grosse Herausforderung. Dieser stelle ich mich aber jeden Tag wieder gerne. Ich bin angetreten, weil ich mit dem sgv etwas bewegen und den Verband wieder zu einer respektierten ordnungspolitischen Instanz im Land machen will. Dieses Ziel vor Augen schöpfe ich Kraft und kann mich immer wieder neu motivieren.

Wie wichtig ist für Sie die Gewerblische Winterkonferenz in Klosters, die Sie zum ersten Mal leiten?

■ Seit 1983, also seit mehr als 25 Jahren, nehme ich an der Winterkonferenz des sgv in Klosters teil. Nun werde ich erstmals als Präsident die Gelegenheit zum Austausch mit Vertretern anderer Verbände nutzen und

«ICH BIN ANGETRETEN, UM MIT DEM SGV ETWAS ZU BEWEGEN»

dabei versuchen, die Basis für eine weiterhin gute Zusammenarbeit zu legen. Das gewählte Thema «KMU im Zeichen von Politik und Wahlen 2011» ist für das laufende Jahr wegweisend: Hier in Klosters stellen wir die Weichen und treffen wichtige Absprachen, um der für die Schweiz so bedeutsamen KMU-Wirtschaft die ihr gebührende, dringend notwendige Unterstützung zu sichern.

Das «Davos des Gewerbes» macht den Auftakt zum Wahljahr 2011. Was erhoffen Sie sich aus gewerblicher Sicht von den Wahlen im Oktober?

■ Unser Ziel ist eine wesentliche Verstärkung der gewerblichen Standesvertretung in den eidgenössischen Räten. Eine starke Vertretung von Mitgliedern aller bürgerlicher Parteien soll mithelfen, die in der sgv-Strategie definierten Ziele umzusetzen.

Wie wollen Sie dies erreichen?

■ Gewerbeverbände auf Bezirks- und Kantonsebene, alle Sektionen müssen frühzeitig mit den Kandidaten in ihrem Umfeld die Positionen aushandeln, welche diese in Bern vertreten wollen. Unsere Vertreter sollen in ihren Parteien dafür sorgen, dass sie aus einer guten Ausgangslage ins Rennen steigen. Und schliesslich ist klar: jede Wahl muss erkämpft werden; eine starke Gewerbevertretung im Bundeshaus kommt nicht von allein zustande.

Der sgv hat erstmals ein KMU-Rating über das konkrete Abstimmungsverhalten der Parlamentarier erstellen lassen. Was halten Sie von diesem Instrument?

■ Wie gesagt: Die neuen Kandidaten müssen frühzeitig darauf abgecheckt werden, ob und wie sie die Interessen der KMU-Wirtschaft auch tatsächlich vertreten wollen. Das von Ihnen angesprochene Rating dagegen betrifft die bisherigen eidgenössischen Parlamentarier. Eine Bilanz über ihr Stimmverhalten in der vergangenen Legislatur ist wertvoll und kann aufzeigen, ob sie die gewerbliche Wirtschaft auch wirklich unterstützen oder ob sie vor den Wahlen bloss leere Versprechungen abgeben. Das Rating stellt aber kei-



«Lippenbekenntnisse reichen nicht – das Gewerbe braucht echte Unterstützung von der Politik», sagt der sgv-Präsident im Wahljahr.

nesfalls eine Erwartung des sgv dar, wonach jedes Ratsmitglied in jeder Abstimmung in unserem Sinne «korrekt» abstimmen müsste. Freiheit und Eigenverantwortung bei den Abstimmungen sollen selbstverständlich gewährleistet bleiben.

Wie würden Sie denn einen KMU-freundlichen Volksvertreter charakterisieren?

■ Idealerweise kennen er oder sie die Interessen der KMU und stellen sie in den Vordergrund ihres politischen Handelns. Sie fühlen sich der Prosperität des Gewerbes verpflichtet, anerkennen die strategischen Ziele des sgv als eine der Grundlagen ihrer politischen Arbeit und vertreten die Anliegen des Gewerbes und die Positionen des sgv in ihrer Tätigkeit in den Kommissionen.

Zurück zu Ihnen: Nicht nur Linke unterstellen Ihnen, dass sich Ihre Interessen als SVP-Politiker und als sgv-Präsident ungebührlich vermischen...

■ Ich sage es immer wieder gerne: Der sgv-Präsident war seit jeher ein aktiver Parlamentarier. Zwei meiner Vorgänger, die Nationalräte Edi Engelberger und Hans Rudolf Früh, gehörten der FDP an; zuvor präsidierte mit Ständerat Markus Kündig ein CVP-Vertreter den Gewerbeverband. Jeder Parlamentarier hat nun einmal

«DIE NATIONALBANK IST GEFORDERT – AUCH ZUGUNSTEN DER KMU»

eine «politische Heimat», und die Kandidaten werden von ihren Parteien ausgewählt. – Die strategischen Ziele, nach denen sich die Arbeit des sgv richtet und hinter denen ich voll und ganz stehe, wurden unter meinem Vorgänger, einem FDP-Vertreter, erarbeitet. Ich setze mich nun mit aller Kraft dafür ein, dass diese Strategie umgesetzt wird. Dies ist nicht SVP-, sondern gewerbefreundlich. Ich will – im Interesse der 300 000 von uns vertretenen KMU – den sgv klar und deutlich als Leader unter den

Schweizer Wirtschaftsorganisationen positionieren. Dass dazu ungeschminkte, in der Öffentlichkeit erhobene Forderungen gehören, ist für mich selbstverständlich. Im stillen Kämmerlein würden wir ganz einfach nicht gehört...

Welche KMU-relevanten Themen sind zurzeit am wichtigsten?

■ Der Abbau von Regulierungskosten ist, wie vom Gewebekongress in Lugano im Mai 2010 gefordert, eines unserer wichtigsten Themen überhaupt. Wir haben entsprechende Vorstösse in den Räten mit Erfolg lanciert; derzeit geht es zusammen mit dem SECO an die Umsetzung. In der Berufsbildung wehren wir uns gegen die schleichende Akademisierung und verlangen eine Stärkung der praxisorientierten Ausbildung. Auch bei dieser Forderung sind wir auf Kurs. Und schliesslich gilt es, endlich die Sozial- und Gesundheitskosten in den Griff zu bekommen – und zwar ausgabeseitig, damit nicht immer weniger Menschen bezahlen und immer mehr profitieren. Wenn wir das nicht ändern, dann kippt irgendeinmal das ganze System. Auch im Interesse der KMU müssen wir eine solche Entwicklung unbedingt aufhalten.

Der sgv hat kürzlich eine «Parlamentarische Gewerbegruppe Bildung» ins Leben gerufen. Was soll damit erreicht werden?

■ Die bestehende parlamentarische «Gruppe Bildung» richtet ihren Fokus stark auf die Hochschulen. Die von uns neu ins Leben gerufene «Gewerbegruppe Bildung» dagegen legt das Schwergewicht auf die – mindestens ebenso wichtige – berufliche Aus- und Weiterbildung und wehrt sich dagegen, dass die universitäre Bildung ihren Einfluss immer weiter ausdehnt. Zur «Gewerbegruppe Bildung» gehören gut 20 bürgerliche Parlamentsmitglieder. Weil mir die Arbeit dieser Gruppe besonders wichtig ist, habe ich als sgv-Präsident den Vorsitz übernommen.

Zurück zu «Klosters»: Heute Freitag ist Verteidigungsminister Ueli Maurer zu Gast. Ist dies ein

Indiz dafür, dass der Bereich «Sicherheit & Armee» für den sgv künftig wichtiger wird?

■ Die Schweizer Wirtschaft – und sie ist im Wesentlichen eine KMU-Wirtschaft – ist in einem sicheren Umfeld herangewachsen und gedeiht dank

«DEN SGV WILL ICH ALS LEADER POSITIONIEREN»

der herrschenden Stabilität. Auf Bundesebene garantiert die Armee für diese Sicherheit, welche für einen blühenden Wirtschaftsstandort unverzichtbar ist. Darum unterstützt der sgv die Anliegen der Sicherheitspolitik. Das Milizsystem verbindet die KMU-Wirtschaft mit der Armee. KMU-Vertreter – eigenverantwortlich, sicherheitsbewusst und erfahrungsfähig – leisten Wesentliches zur Sicherheit des Landes. So gesehen unterstützen die KMU-Wirtschaft und die Armee sich gegenseitig in ihren Stärken.

Die Problematik des (zu) starken Frankens gehört bereits zum Kerngeschäft des Verbandes. Industrie und Dienstleistungsbranche fordern von der Politik energische Gegenmassnahmen – schliesst sich der sgv an?

■ Der immer stärkere Franken wird tatsächlich zunehmend zum Problem. Und zwar nicht nur für die direkt betroffene Exportwirtschaft, sondern indirekt auch für die Zulieferindustrie im Inland. Wenn vermehrt Einkäufe in den Euro- oder Dollar-Raum verlagert werden, um Währungsverluste zu vermeiden, so höhlt dies die Schweizer Wirtschaft schleichend aus. Dagegen muss sich der sgv mit allen Kräften engagieren. In Gesprächen mit der Schweizerischen Nationalbank und der Finanzindustrie suchen wir nach Lösungen. Die Nationalbank ist weiterhin stark gefordert, auch zugunsten der produzierenden Realwirtschaft und nicht bloss für den Schutz der Banken tätig zu sein.

Das Gewerbe hat an der Personenfreizügigkeit nicht nur Freude. Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit sorgen für unlautere Konkurrenz. Müsste man nicht energischer dagegen vorgehen, zumal am 1. Mai die Beschränkungen für acht weitere EU-Länder fallen werden?

■ Der sgv steht hinter der Personenfreizügigkeit. Richtig angewendet, dient sie dem Wohlergehen des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Wenn aber die flankierenden Massnahmen mit unlauteren, ja kriminellen Methoden unterlaufen werden, dann müssen auch Abwehrmassnahmen ins Auge gefasst und umgesetzt werden. Vielleicht waren wir bei der Einführung der Personenfreizügigkeit etwas gar liberal; zu schnell können Zuwanderer heute von zu vielen Leistungen in der Schweiz profitieren. Wenn sich die Lage nicht ändern sollte, so ist zu überlegen, ob nicht durch Nachverhandlungen Missbräuche unterbunden werden müssen, um das Gesamtwerk zu retten.

Interview: Gerhard Enggist

LINK

www.sgv-usam.ch



«Ich bin angetreten, weil ich mit dem Gewerbeverband etwas bewegen will», sagt sgv-Präsident Bruno Zuppiger.

NATIONALRATS-RATING – Erstmals liess der sgv untersuchen, wer in der Legislatur wie KMU-freundlich abgestimmt hat.

Wer für KMU stimmte

Das Parlaments-Rating des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv zeigt für alle Mitglieder des Nationalrats den Grad der Übereinstimmung mit den Positionen des Gewerbeverbands. Ein Wert von 100 bedeutet, dass ein Ratsmitglied bei den untersuchten 386 Abstimmungen immer im Sinn des sgv gestimmt hat, ein Wert von 0 bedeutet, dass die entsprechende Person immer gegen die Verbandsinteressen stimmte.

In die Bewertung eingeflossen sind die Abstimmungen zu 36 vom sgv als relevant erklärten Geschäften, die seit den Wahlen 2007 in den Räten behandelt wurden. Das Spektrum reicht dabei vom CO₂-Gesetz über die Revision der ALV bis zum Freizügigkeitsabkom-

men. Der sgv hat die verwendeten Abstimmungen nach Wichtigkeit in drei Klassen geteilt. Die Forschungsstelle sotomo an der Universität Zürich hat das Rating berechnet.

Bürgerlich-bodenständiges Profil

In den Resultaten des Ratings spiegelt sich das bürgerlich-bodenständige Profil des Gewerbeverbands. Die tiefsten Ratingwerte finden sich – was wenig überrascht – bei Parlamentariern, die im NZZ-Rating jeweils ganz links positioniert sind. Der «gewerbefreundlichste» Parlamentarier aus dem rotgrünen Lager ist mit einem Zustimmungswert zum sgv von gerade mal 32 Prozent der Grüne Alec von Graffenried.

Die meisten Ratsmitglieder der bürgerlichen Parteien haben einen Rating-Wert von 50 Prozent und mehr. Dem sgv am nächsten stehen 16 Parlamentarier des rechtsbürgerlichen Spektrums der FDP-Liberalen. Diese Gruppe um Werner Messmer und Markus Hutter sorgt dafür, dass die FDP insgesamt im Sinne des sgv die gewerbefreundlichste Partei ist. Die zweite Gruppe mit einem hohen Rating-Wert sind die Vertreter des pragmatisch-wirtschaftsfreundlichen Flügel der SVP – vertreten durch Personen wie Peter Spuhler oder Rudolf Joder. Auffällig ist, dass bei der SVP insgesamt vergleichsweise kleine Unterschiede im Rating bestehen. Die 58 Nationalräte bewegen sich in ei-

nem Spektrum von 71 bis 78 Prozent Zustimmung. Während sich die SVP-Parlamentarier maximal um 7 Punkte unterscheiden, deckt die FDP ein Spektrum von 16 Punkten ab – bei der CVP sind es gar 34.

Der Druck nimmt zu

Auch wenn es in der Schweiz keinen harten Fraktionszwang wie beispielsweise in Deutschland gibt, so hat der Druck auf die Parlamentarier durch die Fraktionsführung zugenommen. Für die Einschätzung der «Gewerbefreundlichkeit» der einzelnen Ratsmitglieder ist deshalb nicht nur ihr absoluter Rating-Wert entscheidend, sondern auch ihre relative Position innerhalb der Fraktion. Personen wie Arthur Loepfe oder Gerhard Pfister von der CVP rangieren zwar nicht zuoberst, mit ihrer Position als sgv-nahe Speerspitze können sie jedoch innerhalb der CVP Akzente setzen und die für die Mehrheitsfindung entscheidende Mitte-Partei für Gewerbeanliegen sensibilisieren.

Das sgv-Rating liefert ein breit abgestütztes Bild des Stimmverhaltens der Nationalräte, es zeigt damit jedoch nur einen Aspekt der parlamentari-



Polit-Geograf Michael Hermann*

schen Arbeit. Wie stark sich die einzelnen Ratsmitglieder in den Kommissionen und mittels Vorstössen für das Gewerbe einsetzen, wird nicht ersichtlich. Zu guter Letzt gilt es festzuhalten, dass kein Parlamentarier nur dem Gewerbeverband verpflichtet ist. Im Zentrum steht die eigene Wählerschaft – und deren Interessen sind nie völlig deckungsgleich mit jenen eines Wirtschaftsverbands.

*Der Polit-Geograf Michael Hermann hat im Auftrag des sgv das Parlaments-Rating erstellt.

386 ABSTIMMUNGEN ZU 36 KMU-RELEVANTEN GESCHÄFTEN: SO STIMMTEN DIE NATIONALRÄTE IN DER 48. LEGISLATUR

Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei	Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei	Rang	Rating	Name Vorname	Kanton	Partei
1	80.4	Messmer Werner	TG	FDP	68	74.5	Estermann Yvette	LU	SVP	135	44.0	Ingold Maja	ZH	EVP
2	80.3	Hutter Markus	ZH	FDP	69	74.5	Baumann J. Alexander	TG	SVP	136	42.5	Robbiani Meinrado	TI	CVP
3	80.2	Schneider-Ammann Johann N.	BE	FDP	70	74.4	Geissbühler Andrea	BE	SVP	137	31.5	von Graffenried Alec	BE	GPS
4	80.0	Triponez Pierre	BE	FDP	71	74.3	Wobmann Walter	SO	SVP	138	30.6	Nussbaumer Eric	BL	SPS
5	80.0	Kleiner Marianne	AR	FDP	72	74.1	Hiltbold Hugues	GE	FDP	139	30.5	Bruderer Pascale	AG	SPS
6	79.6	Müller Philipp	AG	FDP	73	74.1	Glur Walter	AG	SVP	140	30.2	Chopard-Acklin Max	AG	SPS
7	79.1	Favre Charles	VD	FDP	74	74.0	Graber Jean-Pierre	BE	SVP	141	30.1	Galladé Chantal	ZH	SPS
8	79.1	Leutenegger Filippo	ZH	FDP	75	73.9	Moret Isabelle	VD	FDP	142	29.9	Voruz Eric	VD	SPS
9	79.0	Theiler Georges	LU	FDP	76	73.8	Grin-Hoffmann Jean-Pierre	VD	SVP	143	29.9	Stump Doris	AG	SPS
10	78.9	Müller Walter	SG	FDP	77	73.7	Perrin Yvan	NE	SVP	144	29.8	Jositsch Daniel	ZH	SPS
11	78.8	Fiala Doris	ZH	FDP	78	73.7	Abate Fabio	TI	FDP	145	29.8	Daguet André	BE	SPS
12	78.5	Huber Gabi	UR	FDP	79	73.3	Caviezel Tarzsius	GR	FDP	146	29.7	Maire Jacques-André	NE	SPS
13	78.5	Engelberger Edi	NW	FDP	80	73.2	Bourgeois Jacques	FR	FDP	147	29.6	Roth-Bernasconi Maria	GE	SPS
14	77.9	Lüscher Christian	GE	FDP	81	73.1	Brönnimann Andreas	BE	EDU	148	29.5	Graf-Litscher Edith	TG	SPS
15	77.8	Wasserfallen Christian	BE	FDP	82	72.9	Glauser Alice	VD	SVP	149	29.5	Goll Christine	ZH	SPS
16	77.7	Ruey Claude	VD	FDP	83	72.5	Freysinger Oskar	VS	SVP	150	29.5	Rossini Stéphane	VS	SPS
17	77.7	Spuhler Peter	TG	SVP	84	72.4	Aebi Andreas	BE	SVP	151	29.4	Fehr Mario	ZH	SPS
18	77.6	Brunschwig Graf Martine	GE	FDP	85	72.3	Germanier Jean-René	VS	FDP	152	29.4	Rielle Jean-Charles	GE	SPS
19	77.2	Joder Rudolf	BE	SVP	86	72.2	Noser Ruedi	ZH	FDP	152	29.4	Wyss Ursula	BE	SPS
20	77.2	Büchel Roland Rino	SG	SVP	87	72.1	Föhn Peter	SZ	SVP	154	29.4	Fehr Jacqueline	ZH	SPS
21	77.0	Fluri Kurt	SO	FDP	88	72.0	Gysin Hans Rudolf	BL	FDP	155	29.3	Allemann Evi	BE	SPS
22	76.9	Pelli Fulvio	TI	FDP	89	71.9	Baettig Dominique	JU	SVP	156	29.3	Fehr Hans-Jürg	SH	SPS
23	76.8	Loepfe Arthur	AI	CVP	90	71.6	Pfister Gerhard	ZG	CVP	156	29.3	Marra Ada	VD	SPS
24	76.8	Perrinjaquet Sylvie	NE	FDP	91	71.3	von Siebenthal Erich	BE	SVP	158	29.2	Nordmann Roger	VD	SPS
25	76.6	Flückiger-Bäni Sylvia	AG	SVP	92	70.4	Favre Laurent	NE	FDP	159	29.2	Levrat Christian	FR	SPS
26	76.6	Müri Felix	LU	SVP	93	69.9	Gobbi Norman	TI	LEGA	160	29.2	Steiert Jean-François	FR	SPS
27	76.5	Bugnon André	VD	SVP	94	69.4	Cassis Ignazio	TI	FDP	161	29.1	Aubert Josiane	VD	SPS
28	76.4	Stamm Luzi	AG	SVP	95	68.5	Grunder Hans	BE	BDP	162	29.1	Kiener Nellen Margret	BE	SPS
29	76.4	Hurter Thomas	SH	SVP	96	68.5	Landolt Martin	GL	BDP	163	29.1	Gross Andreas	ZH	SPS
30	76.3	Markwalder Bär Christa	BE	FDP	97	68.4	Ineichen Otto	LU	FDP	163	29.1	Rechsteiner Paul	SG	SPS
31	76.3	Füglistaller Lieni	AG	SVP	98	68.2	Müller Thomas	SG	CVP	165	29.0	Carobbio Guscelli Marina	TI	SPS
32	76.3	Nidegger Yves	GE	SVP	99	67.4	Segmüller Pius	LU	CVP	166	29.0	Birrer-Heimo Prisca	LU	SPS
33	76.2	Veillon Pierre-François	VD	SVP	100	67.1	Français Olivier	VD	FDP	167	28.9	Thanei Anita	ZH	SPS
34	76.0	Rutschmann Hans	ZH	SVP	101	64.2	Malama Peter	BS	FDP	168	28.8	Hämmerle Andrea	GR	SPS
35	75.9	Wandfluh Hansruedi	BE	SVP	102	64.1	Büchler Jakob	SG	CVP	169	28.8	Lumengo Ricardo	BE	SPS
36	75.9	Reymond André	GE	SVP	103	62.9	Zemp Markus	AG	CVP	170	28.8	Weber-Gobet Marie-Thérèse	FR	CSP
37	75.9	Killer Hans	AG	SVP	104	62.8	Hochreutener Norbert	BE	CVP	170	28.8	Schelbert Louis	LU	GPS
38	75.9	Stahl Jürg	ZH	SVP	105	62.8	Egger-Wyss Esther	AG	CVP	170	28.8	Thorens Goumaz Adèle	VD	GPS
39	75.8	Brunner Toni	SG	SVP	106	62.5	Lustenberger Ruedi	LU	CVP	170	28.8	Fässler-Osterwalder Hildegard	SG	SPS
40	75.8	Eichenberger-Walther Corina	AG	FDP	107	62.4	Hassler Hansjörg	GR	BDP	174	28.7	Pedrina Fabio	TI	SPS
41	75.8	Rime Jean-François	FR	SVP	108	62.1	Roux Paul-André	VS	CVP	174	28.7	Tschümperlin Andy	SZ	SPS
41	75.8	Schenk Simon	BE	SVP	109	61.9	Haller Ursula	BE	BDP	176	28.7	Sommaruga Carlo	GE	SPS
43	75.8	Kaufmann Hans	ZH	SVP	110	61.9	Gadient Brigitta M.	GR	BDP	177	28.6	Schenker Silvia	BS	SPS
44	75.7	Baader Caspar	BL	SVP	111	61.9	Darbellay Christophe	VS	CVP	178	28.5	Heim Bea	SO	SPS
45	75.6	Pfister Theophil	SG	SVP	112	61.2	Häberli-Koller Brigitte	TG	CVP	179	28.5	Wyss Brigit	SO	GPS
46	75.6	Amstutz Adrian	BE	SVP	113	60.3	Humbel Näf Ruth	AG	CVP	180	28.4	Girod Bastien	ZH	GPS
47	75.5	Schluer Ulrich	ZH	SVP	114	59.0	Glanzmann-Hunkeler Ida	LU	CVP	181	28.3	Leutenegger Oberholzer Susanne	BL	SPS
48	75.5	Heer Alfred	ZH	SVP	115	58.9	Bischof Pirmin	SO	CVP	182	28.3	Prelicz-Huber Katharina	ZH	GPS
49	75.5	Schibli Ernst	ZH	SVP	116	57.7	Wehrli Reto	SZ	CVP	183	28.2	Renwald Jean-Claude	JU	SPS
50	75.4	Giezendanner Ulrich	AG	SVP	117	57.7	Amacker Kathrin	BL	CVP	184	28.2	Graf Maya	BL	GPS
51	75.4	Parmelin Guy	VD	SVP	118	57.1	Bäumle Martin	ZH	glp	185	28.2	van Singer Christian	VD	GPS
52	75.4	Fehr Hans	ZH	SVP	119	56.7	Hany Urs	ZH	CVP	186	28.1	Lachenmeier-Thüring Anita	BS	GPS
52	75.4	Schwander Pirmin	SZ	SVP	120	56.1	Cathomas Sep	GR	CVP	187	28.1	Frösch Therese	BE	GPS
54	75.3	Zuppiger Bruno	ZH	SVP	121	56.1	Amherd Viola	VS	CVP	188	28.1	Hodgers Antonio	GE	GPS
55	75.2	von Rotz Christoph	OW	SVP	122	56.0	Schmidt Roberto	VS	CVP	189	28.0	Stöckli Hans	BE	SPS
56	75.2	Binder Max	ZH	SVP	123	54.8	Riklin Kathy	ZH	CVP	190	28.0	Teuscher Franziska	BE	GPS
57	75.1	Dunant Jean Henri	BS	SVP	124	54.6	Schmid-Federer Barbara	ZH	CVP	191	28.0	Jans Beat	BS	SPS
58	75.1	Scherer Marcel	ZG	SVP	125	54.4	Barthassat Luc	GE	CVP	192	27.9	Leuenberger Ueli	GE	GPS
59	75.1	Rickli Natalie	ZH	SVP	126	54.0	Meyer-Kaelin Thérèse	FR	CVP	193	27.9	John-Calame Francine	NE	GPS
60	75.1	Kunz Josef	LU	SVP	127	53.6	Bader Elvira	SO	CVP	194	27.8	Müller Geri	AG	GPS
61	75.0	Mörgeli Christoph	ZH	SVP	128	53.4	Weibel Thomas	ZH	glp	195	27.5	Bänziger Marlies	ZH	GPS
62	74.9	Bortoluzzi Toni	ZH	SVP	129	53.4	Moser Tiana Angelina	ZH	glp	195	27.5	Lang Josef	ZG	GPS
63	74.9	Miesch Christian	BL	SVP	130	52.3	Meier-Schatz Lucrezia	SG	CVP	197	27.4	Vischer Daniel	ZH	GPS
64	74.8	Bigger Elmar	SG	SVP	131	50.9	de Buman Dominique	FR	CVP	198	27.0	Bréaz Daniel	VD	GPS
65	74.7	Reimann Lukas	SG	SVP	132	46.6	Streiff-Feller Marianne	BE	EVP	199	26.8	Gilli Yvonne	SG	GPS
66	74.7	Walter Hansjörg	TG	SVP	133	46.3	Neiryck Jacques	VD	CVP	200	26.4	Zisyadis Josef	VD	PdAS
67	74.6	Borer Roland F.	SO	SVP	134	44.6	Simoneschi-Cortesi Chiara	TI	CVP					

AUS DEN VERBÄNDEN

Gegen Bundesdirigismus

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv setzt auf die bewährte Freiwilligkeit bei den Branchenvereinbarungen zur Geräteeffizienz und wendet sich strikt gegen dirigistische Bundesvorgaben. In seiner Vernehmlassungsantwort lehnt er die vorgeschlagene Änderung des Artikels 8 des Energiegesetzes ab, mit welcher das Bundesamt für Energie einen Paradigmenwechsel einleiten will.

Für den sgv stehen die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft im Vordergrund, die bei Bedarf mit entsprechenden Anreizen zu fördern sind. Dies schliesst nicht aus, dass der Gesetzgeber tätig wird, wenn die freiwilligen Massnahmen nicht zum Ziel führen. Diese Prioritätenordnung wird allerdings mit der vorgeschlagenen Änderung von Artikel 8 des Energiegesetzes im Bereich Anlagen, Fahrzeuge und Geräte ins Gegenteil gesetzt.

Als einziges konkretes Beispiel eines Falles, in dem bisher freiwillige Massnahmen nicht zum Ziel geführt haben, können letztlich im erläuternden Bericht nur die Set-Top-Boxen aufgeführt werden. Doch aus einem Beispiel kann nicht gefolgert werden, dass die Freiwilligkeit nicht zum gewünschten Effekt führt. Aufgrund eines Falles ein Paradigmenwechsel im Gesetz zu vollziehen, ist schlicht unverhältnismässig. Der sgv steht zur bundesrätlichen Vier-Säulen Politik im Energiebereich und bekennt sich insbesondere zur Erhöhung der Energieeffizienz. Insofern ist der grösste Wirtschaftsdachverband der Schweiz an der Effektivität der freiwilligen Zielvereinbarungen interessiert. Doch sie muss durch marktwirtschaftliche Instrumente, in diesem Fall Kundenwünsche und Technologie, vorangetrieben werden, staatlicher Dirigismus führt nicht zum Ziel.

Berner KMU will Ersatz für das KKW Mühleberg

Um die absehbare Stromlücke zu schliessen und im Kanton Bern Arbeitsplätze zu erhalten respektive neue zu schaffen, fordert Berner KMU einen KKW-Ersatz für Mühleberg. «Wenn sich eine Stromlücke abzeichnet, an der eigentlich niemand mehr zweifelt, dann sind Wirtschaft und Politik gefordert», hält Kathrin Anderegg-Dietrich, Präsidentin von Berner KMU fest. Der Berner Gewerbeverband stützt sich auf eine Studie, die BAK Basel Economics erstellt hat. Diese zeigt auf, welche Vorteile der Kanton Bern bezüglich Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuererträgen hat, wenn die Stromerzeugung weiterhin an einem Standort in der näheren Umgebung erfolgt und nicht durch Stromimporte ersetzt wird. Dazu wurde auch der volkswirtschaftliche Nutzen sowohl für ein neues Kernkraftwerk Mühleberg als auch für ein Gaskombikraftwerk untersucht. Das Resultat zeigt auf: Ein neues KKW würde jährlich effektiv rund 500 Millionen Franken an Wertschöpfung und etwa 2000 Arbeitsplätze im Kanton Bern generieren, wohingegen bei einem Gaskombikraftwerk die Effekte geringer ausfallen, da der Primärenergieanteil in der Produktion relativ hoch ausfällt. Das Berner Volk äussert sich zum Ersatz von Mühleberg am 13. Februar an der Urne.

DETAILS AUF SEITE 6

WORTE DER WOCHE



«Unser Ziel ist, dass Energie für alle in ausreichender Menge, zu marktgerechten Preisen und jederzeit zur Verfügung stehen soll. Produktion, Transport und Konsum sollen Mensch und Natur möglichst schonen. Die Auslandsabhängigkeit soll vermindert und mehr Wertschöpfung im Inland ermöglicht werden. Und schliesslich soll Energie weiterhin für alle bezahlbar, die Preise wettbewerbsfähig bleiben. Dafür braucht es enorme Investitionen und grosse Anstrengungen von der Aus- und Weiterbildung über die Forschung und technologische Entwicklung bis zu Information und Beratung der Energiekonsumierenden.»

Bundesrätin Doris Leuthard

ARBEITSMARKT - Die Missbräuche der Personenfreizügigkeit liessen sich bislang häufig nur schwer bekämpfen. Doch nun kann die allgemeinverbindliche Kautionspflicht helfen.

Bundesgericht als «Retter»

Die Tatsache lässt sich nicht schönreden: Bei Baustellenkontrollen stossen die Inspektoren regelmässig auf krasse Missstände, vorab im Bereich des Ausbaugewerbes. In den meisten Fällen bleibt es bei der Wut über die dreisten Verstösse gegen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, denn den Vollzugsorganen fehlen die Mittel zur Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen im Ausland.

Missbräuche en masse

Ein Beispiel dafür ist der Kanton Basel-Landschaft. Im Baselbieter Ausbaugewerbe sind mittlerweile tagtäglich rund 350 von ausländischen Betrieben entsandte Arbeitnehmer tätig. Die bisher rund 7000 durchgeführten Kontrollen haben gezeigt, dass praktisch jeder zweite der kontrollierten Entsendebetriebe die geltenden Mindestbestimmungen nicht einhält. «Die offenen Forderungen gegenüber fehlbaren und säumigen Betrieben im Ausland belaufen sich allein bei uns im Baselbiet auf über eine halbe Million Franken. Doch sie waren bisher im Ausland nicht durchsetzbar», bemängelt Michel Rohrer, Geschäftsführer der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle (ZPK).

Uneinige Gerichte

Diese Misere hatte die Sozialpartner im Baselbieter Ausbaugewerbe bewegen – gestützt auf das Entsendegesetz und die flankierenden Massnahmen – für alle Arbeitgeber eine Kautionspflicht von 20000 Franken einzuführen. Diese war für Baselbieter und ausländische Unternehmen obligatorisch; Firmen aus der übrigen Schweiz waren nicht betroffen. Nach mehreren Rechtsbeschwerden (darunter auch einige aus Deutschland) sprach sich das Kantonsgericht in Liestal jedoch Ende 2009 gegen die Kautionspflicht aus.



Genugtuung für den Baselbieter Gewerbeleiter, Nationalrat Hans Rudolf Gysin: Die Kautionspflicht ist wieder im Spiel.

Das Bundesgericht hat nun dieses umstrittene Urteil gekippt. In seinem Entscheid vom 7. Dezember 2010 haben die Lausanner Richter unzweideutig festgehalten, dass die Vorinstanz die Rechts- bzw. Gesetzeslage und deren Bedeutung und Tragweite hinsichtlich der Grenz- bzw. Marktöffnung verkannt hatte. «Damit setzt

das Bundesgericht ein klares und wichtiges Signal, dass die Kautionspflicht im Zusammenhang mit den bisher ungelösten Vollzugsproblemen gegenüber ausländischen Entsendebetrieben das richtige Mittel ist», freut sich Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland.

Bald in jedem GAV?

Der Gewerbeleiter weist auf die Tatsache, dass das Schweizer Stimmvolk den bilateralen Verträgen seinerzeit nur deshalb zugestimmt habe, weil der Schweiz diesbezüglich auch entsprechende Schutzklauseln zugestanden worden sind. Eine dieser flankierenden Massnahmen war die Statuierung einer Kautionspflicht im Entsendegesetz. «Dieses Gesetz kann man nicht plötzlich ausser Acht lassen, weil es jemandem nichts ins Konzept passt», meinte Gysin. Er ist überzeugt, dass die Kautionspflicht bald in der ganzen Schweiz Bestandteil von Gesamtarbeitsverträgen sein wird. Die Unterstützung der Sozialpartner hat er jedenfalls auf sicher. Daniel Mürger, Co-Präsident des Baselbieter Gewerkschaftsbundes: «Wir wollen unbedingt den konsequenten Vollzug der flankierenden Massnahmen. Das Problem wird im Hinblick auf die per 1. Mai 2011 erfolgende Ausdehnung der vollen Personenfreizügigkeit auf weitere acht EU-Staaten für uns mehr denn je von zentraler Bedeutung.»

Kein Allheilmittel

Der sgv ist laut Direktor Hans Bigler erfreut über das Urteil aus Lausanne. Es sei enorm wichtig, dass die flankierenden Massnahmen nicht zu Papierentwürfen verkommen. Allerdings sei die Kautionspflicht kein Allheilmittel. So nütze sie etwa im Kampf gegen die um sich greifende Scheinselbstständigkeit kaum. «Da braucht es unbedingt zusätzliche Massnahmen», ist Bigler überzeugt. Entsprechend wichtig sei die Arbeit der Taskforce, die der sgv zusammen mit den Verbänden des Ausbaugewerbes letztes Jahr eingesetzt hat.

Patrick M. Lucca

SCHWEIZER FAHRZEUGMARKT - Die Rezession ist Vergangenheit – die Eidgenossen mögen wieder neue Autos. Die Zahl der immatrikulierten Wagen stieg 2010 um 10,6 Prozent auf 294 239.

Hohe Nachfrage und ein klarer Öko-Trend

«Die grosse Krise ist endgültig überwunden. Der letztjährige Absatz ist der höchste seit 2002», freut sich Andreas Burgener, Direktor der Vereinigung Schweizer Automobilimporteure (auto-schweiz). «Dieses Resultat durften wir nicht einfach a priori erwarten, denn 2009 hatten die Neuwagenverkäufe noch um 7,8 Prozent abgenommen.» Es spreche für die Leistungsfähigkeit der Branche und für das wiedergewonnene Vertrauen der Konsumenten in die wirtschaftliche Situation der Schweiz. «Erst recht gilt es jetzt, diesen Schwung auszunützen und auch das Jahr 2011 ähnlich erfolgreich zu gestalten», hält Burgener fest.

VW weiter Marktführer

Auf die Marken aufgeschlüsselt, bleibt Volkswagen Spitzenreiter: Der Absatz stieg um 14,8 Prozent auf 33 839 Fahrzeuge. Die Marke liegt damit zum elften Mal in Serie vorne. Die Modellreihe Golf steht gar zum 35. Mal auf Platz 1. Neue Nummer 2 ist Renault mit einer Zunahme um 13,2 Prozent auf 17 046 Autos. Zusätzlich freut sich der französische



Die Eidgenossen kaufen wieder mehr Autos – und VW hat dabei wie gewohnt die Nase vorn.

Konzern über den Erfolg seiner Billigmarke Dacia, die 4966 Wagen verkaufen konnte. Dies bedeutet eine Rekordzunahme von 128,1 Prozent. Die Premiummarke Audi konnte nach starkem Wachstum in den Vorjahren nur um 0,7 Prozent zulegen

und fiel mit 16 910 Immatrikulationen auf Platz 3. Nach vorne preschen konnte Peugeot mit einem Wachstum von 27,2 Prozent auf 15 019 Neuwagen. Grössere Einbussen verzeichneten Lancia (-24,1 Prozent) und Dodge (-19,2 Prozent). Auch Fiat

(-2,8 Prozent) und Toyota (-1,6 Prozent) mussten wie im Vorjahr Absatzrückgänge hinnehmen.

Auffallend ist der hohe Anteil von 4x4-Fahrzeugen sowie die anhaltende Beliebtheit von leistungsstarken und Dieselaautos. Andreas Burgener ist nicht erstaunt: «Wir sind halt ein Gebirgsland und haben halt im Winter Schnee und Eis. Da wollen die Automobilisten gerüstet sein.» Es gebe jedoch einen eindeutigen Trend zu CO₂-armen Autos, und das von den Herstellern betriebene «Downsizing» komme immer besser an. «Wir fahren weiter mit flottem Tempo auf dem CO₂-Absenkungspfad. Nicht jeder Wagen mit Vierradantrieb ist ein Benzinfresser und jetzt kommen vermehrt auch Hybriden und Elektrofahrzeuge», freut sich der auto-schweiz-Direktor. Burgener hofft entsprechend, dass die Schweiz keine Alleingänge bei den CO₂-Limiten unternehmen werde. «Die ab 2012 geltenden EU-Normen sind schon scharf genug.»

Lu

MEHR ÜBER «DOWNSIZING» AUF SEITE 7

STROMVERSORGUNG – Am 13. Februar wird im Kanton Bern über den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg abgestimmt.

Günstiger und sicherer Strom für KMU

Elektrovelos, Computer, Telefone, Waschmaschinen, Kühlschränke, Mikrowellenherde, Flachbildschirme, Elektroautos, Maschinen, Minergiehäuser, wachsende Wirtschaft, wachsende Bevölkerung, wachsende Wohnflächen... Jahr für Jahr steigt der schweizerische Strombedarf. Was aber geschieht, wenn die Schweiz keinen oder zu wenig Strom hat? Strom ist ein wertvolles Gut: Unsere Wirtschaft hängt davon ebenso ab wie unser Alltag. Ein Krankenhaus kann ohne Strom nicht funktionieren; ohne Strom können Züge weder Güter noch Passagiere transportieren; der elektronische Datenaustausch würde ohne «Saft» zusammenbrechen. Einerseits muss das Land darum haushälterisch mit dem Strom umgehen. Andererseits aber müssen wir auch über genügend Produktionskapazitäten verfügen.

Drei Wege zum Strom

In Sachen Energieeffizienz ist die Schweiz führend: mit den freiwilligen Massnahmen, der Energieagentur der Wirtschaft und den Branchenvereinbarungen optimieren Unternehmen ihren Ressourcenverbrauch. Die KMU-Wirtschaft entwickelt innovative Produkte und Standards, welche die Schweiz wiederum als Spitzen- und Exportnation positionieren. Bei den erneuerbaren Energien sind ebenfalls grosse Vorsprünge gemacht worden. Sowohl Windparks wie auch



Das Kernkraftwerk Mühleberg am Aareufer westlich von Bern soll 2010 stillgelegt werden. Am 13. Februar entscheiden die Berner Stimmberechtigten über einen Ersatz.

Photovoltaikanlagen werden effektiver, erweitern ihre Produktion und ergänzen vor allem im Haushaltsbereich das Stromangebot.

Doch Kathrin Anderegg-Dietrich, Präsidentin der Berner KMU und Vizepräsidentin des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv, bringt es auf den Punkt: «Die Wirtschaft braucht sicheren und günstigen Strom, um die Lebensqualität und das Funktionieren der Gesellschaft zu garantieren.» Mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien ist die Schweiz noch nicht in der Lage, die notwendige Menge an «zuverlässigem» (d.h. von der Witterung unabhängigen) Strom herzustellen. Deshalb braucht das Land Grosskraftwerke.

Wegweisende Abstimmung in Bern

Am 13. Februar 2011 stimmt der Kanton Bern über den Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg ab. Die Kantons-executive und -legislative befürworten den Bau eines Ersatzkernkraftwerks. Nun stimmt die Berner Bevölkerung des Kantons darüber ab, ob sie die positive Stellungnahme ihres Kantons unterstützen will. Zwar beschränkt sich die Vorlage auf eine kantonale Stellungnahme, doch ihre Tragweite ist national. Christoph Erb, Direktor der Berner KMU, ist überzeugt: «Der Entscheid der Berner hat eine Signalwirkung für die ganze Schweiz.» Und diese Schweiz braucht Bandenergie: Ab 2020 gehen die bestehenden Kernkraftwerke Mühleberg und

Beznu I + II vom Netz. Zudem fallen die Importe aus französischen Kernkraftwerken weg. Schon heute ist die Schweiz im Winter auf teure Importe angewiesen. Der Stromverbrauch der Schweiz betrug im 2008 etwa 63 000 Gigawattstunden (GWh); heute ist der Bedarf nach den Schätzungen des Bundesamts für Energie noch höher. Das Kernkraftwerk Mühleberg übertraf seinen bisherigen Produktionsrekord im vergangenen Jahr und stellte 3109 GWh her. Mit dem Ersatz könnte «Mühleberg» bei gleichem Ressourcenverbrauch bis zu vier Mal mehr produzieren.

Ja zu Erneuerbaren – und zum Ersatz von Mühleberg

Zum Vergleich: Die Windturbinen ihrerseits brachen auch einen Rekord und produzierten 74 GWh; was gerade einmal 1,2 Promille des schweizerischen Gesamtverbrauchs darstellt. Wollte man Mühleberg durch Windparks ersetzen, so fehlen ganze 2945 GWh. Mit Hilfe der Sonnenenergie kann die Schweiz etwa 1,5 Prozent ihres Strombedarfs abdecken. «Auch wenn in Zukunft die erneuerbaren Energien eine massgebliche Rolle spielen werden, brauchen sie Zeit, um sich zu entwickeln: Sie müssen erstens die Schweizer Nachfrage einfangen und zweitens zuverlässig über das ganze Jahr Strom liefern» sagt Kathrin Anderegg-Dietrich und bekräftigt damit ihr Ja sowohl zu den erneuerbaren Energien wie auch zum Ersatz der Kernkraftwerke. Auch für sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler ist die Lage klar: «Die Schweizer KMU sind auf Versorgungsautonomie und möglichst günstigen Strom angewiesen.» Deshalb setzt sich der Schweizerische Gewerbeverband für Versorgungssicherheit und eine möglichst hohe Versorgungsautonomie ein. Dies beinhaltet die Erhöhung der Energieeffizienz, die Nutzung der erneuerbaren Energien und den erforderlichen Ersatz von Kernkraftwerken.

Henrique Schneider

APROPOS

Besserer Sex



Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hält an seinem «Missionsauftrag» auch unter seinem neuen Chef Pascal Strupler (Bild) unbeirrt fest. Der ehemalige passionierte Raucher (bis

vor neun Jahren drei Zigipäckli pro Tag) lässt gar eine der grössten Antitabakkampagnen starten, welche die Schweiz je gesehen hat. Mit knapp zehn Millionen Franken aus dem Tabakfonds soll bis 2012 der Anteil der 14- bis 65-jährigen Raucher von 27 auf 23 Prozent gedrückt werden. Struplers Action unterscheidet sich allerdings etwas von den finsternen Dauer-Drohgebärden seines Vorgängers Thomas Zeltner. Denn sie beruht auf «positiven Botschaften». Wir erfahren beispielsweise, dass Nichtraucher die besseren Kisser mit weniger Falten und echt leidenschaftlichem Sex sind... Und weil Prävention eben so schön ist, wird demnächst auch eine Offensive gegen den Alkoholkonsum lanciert.

Sieg der Vernunft



Der sgv hat Ende 2010 zusammen mit den betroffenen Verbänden aus den Bereichen Verkehr, Tourismus und Detailhandel den Kampf gegen ein Vorhaben aufgenommen, das Moritz Leuenberger kurz vor seinem Abgang lanciert hatte:

die Einführung von Umweltzonen. Im Parlament sorgte SVP-Nationalrat Christoph von Rotz (Bild) für Widerstand – und hatte diese Woche Erfolg. Die Verkehrskommission der grossen Kammer stimmte einem Antrag des Obwaldners mit 15 zu 11 zu und beauftragte mit einer Motion den Bundesrat, «die geplante Einführung von Umweltzonen auf dem Verordnungsweg umgehend einzustellen und auf die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für Umweltzonen zu verzichten.» Von Rotz begründete seinen Vorstoss mit Studien aus Deutschland, welche den ökologischen und praktischen Nutzen der Umweltzonen in Frage stellen und das Aufblähen der Bürokratie kritisieren.

CHRISTOPH JUEN – hotelleriesuisse-CEO über die neuen Herausforderungen seiner Branche.

«Der Margendruck wird weiter zunehmen»

Gewerbezeitung: Herr Juen, der Winter hat früh Einzug gehalten, in den Bergen liegt viel Schnee. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wintersaison sind gegeben. Sorgen bereitet aber die Euro- und Dollar-Schwäche gegenüber dem Franken. Welche Auswirkungen erwarten Sie?

■ **Christoph Juen:** Laut BAK Basel wird die Zahl der Hotelübernachtungen in der Wintersaison 2010/2011 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,5 Prozent zurückgehen. Die Binnennachfrage wird einen leichten Rückgang erfahren (–0,5 Prozent), die Auslandsnachfrage wird hingegen durch die gegenwärtige Frankenstärke belastet und dürfte um 2,2 Prozent zurückgehen. Vor allem bei den Gästen aus der Euro-Zone erwartet BAK Basel einen deutlichen Rückgang um rund 5 Prozent. Doch auch die Schwäche des Dollars und des britischen Pfunds sind ein Belastungsfaktor. Allenfalls besteht die Chance, dass das wenn auch moderate Wirtschaftswachstum im 2011 die negativen Wechselkurseffekte teilweise kompensieren könnte.

Wie können die Schweizer Hoteliers die durch die schwächelnden Währungen entstehenden Nachteile kompensieren?

■ Gegenüber den anderen alpinen Feriendestinationen kann sich die Schweiz nur durch herausragende Qualität differenzieren. Der einzelne



«hotelleriesuisse begrüsst die wachstumsorientierte Tourismuspolitik des Bundes», sagt CEO Christoph Juen.

Hotelier ist gefordert, innovative Dienstleistungen und Produkte anzubieten und diese klar im Markt zu positionieren. Weiter gilt es, die modernen Verkaufskanäle gezielt zu nutzen und den Gästemix zu optimieren. Da für den Gast zunehmend das Gesamterlebnis im Vordergrund steht, zählt sich eine verstärkte Zusammenarbeit des Hoteliers mit den anderen touristischen Leistungsträgern innerhalb der Destination aus.

Wo liegen die grössten Herausforderungen für die Hoteliers?

■ Tatsache ist, dass die in den letzten Jahren verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus durch den schwachen Euro beein-

trächtigt wird. Seit Anfang Jahr haben sich die Preise aus Sicht der Gäste aus dem Euro-Raum bei gleichbleibender Leistung um rund 15 Prozent erhöht. Und mit dem derzeit tiefen Dollar werden die Winterferien in der Schweiz auch für Gäste aus dem Dollar-Raum wieder teurer. Damit nimmt der Margendruck zu. Weil die Kostenbasis in der Schweiz einen Preiskampf mit dem europäischen Umfeld nicht zulässt, kann sich die Schweizer Hotellerie nur über Leistung, einer überdurchschnittlichen Servicequalität und die einzigartigen touristischen Stärken differenzieren.

Wie unterstützt hotelleriesuisse seine Mitglieder?

■ hotelleriesuisse steht für die wettbewerbsfähigen- und -willigen Hotels ein. Wir unterstützen die Befähigung unserer Mitglieder, auf dem Markt erfolgreich zu sein, indem wir die Aus- und Weiterbildung und damit gut qualifizierte Mitarbeitende fördern. Im Rahmen unserer Partnerschaft mit Schweiz Tourismus bieten wir unseren Mitgliedern zudem Zugang zu kostengünstigen Vermarktungsplattformen. Auf wirtschaftspolitischer Ebene gilt es, optimale Rahmenbedingungen für einen nachhaltig erfolgreichen Schweizer Tourismus zu schaffen. Deshalb begrüsst hotelleriesuisse die wachstumsorientierte Tourismuspolitik des Bundes, welche gleichzeitig die Wichtigkeit des Tourismus für die Schweizer

Volkswirtschaft unterstreicht. Gleichzeitig bekämpfen wir die Hochpreisinsel mit der Forderung nach einer konsequenten Öffnung der Märkte.

Seit dem 1. Januar gelten neue Kriterien für die Vergabe von Hotel-Sternen, es gilt die gleiche Klassifizierung wie in sechs anderen europäischen Ländern. Welches sind die Eckpunkte des neuen Schemas, und welche Vorteile bringt das System?

■ Die neue Schweizer Hotelklassifikation ist eine Schweizer Lösung, die bewährte Strukturen beibehält und neue, zukunftsweisende Elemente integriert. So gelten die schweiztypischen Bausteine Sicherheit und Zustand auch weiterhin als Eintrittshürde. Die eigentliche Revolution, die aus unserer nationalen Branchenlösung ein international kompatibles System macht und damit unseren Zielmarkt um ein Vielfaches vergrössert, findet in den mit Sternen klassierten Basiskategorien statt. Hier kommt neu der europaweit harmonisierte Kriterienkatalog zum Tragen, der in einzelnen Punkten an die Schweizer Verhältnisse angepasst wurde. Insgesamt honoriert das neue Bewertungssystem Innovationen und Zusatzleistungen des Hoteliers und ist in vielen Bereichen wie etwa bei den Zimmergrössen flexibler.

Interview: Patrick Gunti

LINK

www.hotelleriesuisse.ch

Ein Mann denkt um

Der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück, der noch vor drei Jahren die Schweiz und ihre Banken mit der Entsendung von Kavallerie bekämpfen wollte, kann auch ganz anders sein. Der Sozialdemokrat zeigt heute viel Verständnis für die Eidgenossenschaft, insbesondere für ihren europäischen Sonderweg. «Die Schweiz hat sehr eigene Traditionen und auch ein besonderes Selbstverständnis. Ein EU-Beitritt passt nicht dazu», meinte Steinbrück in einem Interview mit der «Südschweiz». Seine Prognose: Die Schweiz werde auch wegen ihrer Neutralität und aus ihrem Selbstverständnis heraus nicht der EU beitreten. Die Indianer ticken eben anders.

ZAHLEN DER WOCHE

Rekorde im Kittchen

Die Statistik über den Freiheitsentzug des Bundesamts für Statistik wartet mit alarmierenden Zahlen auf: Am 1. September 2010 waren in der Schweiz 6181 Personen inhaftiert, 97 mehr als im Vorjahr. Das ist der höchste Stand seit 1999. Die Gefängnisse waren insgesamt zu 92,5 Prozent belegt; in der Romandie und im Tessin erreichte die Belegungsrate sogar 105 Prozent, was den Einsatz von Notbetten zur Folge hatte. Der prozentuale Anteil an ausländischen Inhaftierten bleibt (seit 2004) stabil hoch und macht 72 Prozent des Gesamtbestands aus. Bei den Untersuchungshäftlingen lag der Ausländeranteil gar bei über 81 Prozent. Ein kleiner Trost: Im Vergleich zum Ausland ist der prozentuale Anteil der arretierten Rechtsbrecher relativ niedrig...

NEUES AUS DER AUTOWELT

Toyotas Spritsparer

Mit dem Vollhybridmodell CT 200h bringt Lexus Mitte März einen kompakten Spritsparer in den europäischen Handel. Im Durchschnitt soll der Wagen mit kombiniertem Benzin-Elektro-Antrieb 3,7 Liter verbrauchen, was einem CO₂-Ausstoss von 87 g/km entspricht. Die Preise sollen bei 28 900 Euro (ca. 37 000 Franken) beginnen. Der Wagen ist technisch eng mit dem Toyota Prius verwandt, von dem er auch die Antriebstechnik übernimmt. Für Vortrieb sorgt ein 1,8 Liter grosser Benziner, der in Zusammenarbeit mit dem Elektromotor 136 PS leistet. Strecken bis zu zwei Kilometer kann der CT 200h rein elektrisch fahren.



KNIFFS & TIPPS

Scheibenwischer-Tank auftauen

Wessen Scheibenwischer-Wassertank eingefroren ist, sollte ja nicht probieren, diesen künstlich aufzutauen. Wer solches Pech hat, bringt den Wagen am besten in einen über null Grad warmen Raum. Föhne, Heissluftgebläse oder Tauchsieder sollten beim Auftauen nicht zum Einsatz kommen, denn dabei könnten Kunststoffteile an der Waschanlage und am Motor schmelzen. Nach einer Stunde unter einem Dach, zum Beispiel in einer Tiefgarage, taut das Wischwasser-Gemisch in der Regel wieder auf. Danach sollte die Scheibenwaschanlage so lange betätigt werden, bis sie leer ist. Bei der Neuauffüllung wird am besten nur Wischwasser mit sehr hoch dosiertem Frostschutz verwendet. Durch das Betätigen der Anlage vor der Weiterfahrt gelangt der Frostschutz auch in die Leitungen und Düsen. Es reicht nicht aus, bei vielen Minusgraden lediglich Frostschutz nachzugliessen. Denn möglicherweise mischt sich die Flüssigkeit in dem kleinen Tank nicht vollständig mit dem darin enthaltenen Wasser.

Streusalz abwaschen

Autowäsche im Winter ist vergebene Liebesmüh, glauben viele Autofahrer: Nach ein paar Kilometern durch Schneematsch ist der Wagen sowieso wieder dreckig. Dennoch ist die Fahrzeugpflege in den kalten Monaten wichtiger denn je. Die Wäsche im Winter dient allerdings weniger der Schönheit als dem Rostschutz. Denn Streusalzablagerungen am Auto können Metallteile angreifen. Wenn salzhaltiges Tauwasser von den



Dieser Wagen braucht wohl eine Spezialbehandlung...

Rädern aufgewirbelt wird, gelangt es an den Unterboden, die Radaufhängungen und die Innenseiten der Kotflügel. Dort fördert das Salz die Korrosion. Auch beschädigte Lackstellen können schnell Rost ansetzen. Daher sollten Autobesitzer einmal pro Woche in die Waschstraße fahren, raten Experten des Autogewerbeverbandes. Wer noch besser vorsorgen möchte, lässt das Auto zusätzlich behandeln. Übrigens: Vor der Fahrt in die Waschstraße ist es ratsam, die Türschlösser mit einem Stück Klebeband abzudichten. So kann kein Wasser eindringen und der Schliessmechanismus nicht zufrieren. Ferngesteuerten Schliessanlagen kann Frost in der Regel nichts anhaben. Wird der Wagen nach der Wäsche bei Minusgraden mit angezogener Handbremse unter freiem Himmel abgestellt, kann diese ebenfalls einfrieren, wenn Wasser in die Mechanik eingedrungen ist. Es empfiehlt sich deshalb, die Handbremse auf dem Weg zum Abstellplatz während der Fahrt kurz leicht schleifen zu lassen und sie dadurch zu trocknen.

AKTUELLER TEST – Nissan präsentiert den neuen Transporter NV 400 und nimmt damit die Zukunft vorweg. Der Interstar-Nachfolger überzeugt mit grosser Modellvielfalt mit Front- oder Heckantrieb.

Bärenstark und topmodern

Nun trumpft auch Nissan mit einer neuen Modellgeneration auf, die im Segment der Grosstransporter eine wichtige Rolle spielen soll. Zwar basiert der NV 400 auf dem Master von Allianzpartner Renault, und er wird in Europa für Europa gebaut. Das hat die Japaner aber nicht davon abgehalten, das Modell weiterzuentwickeln und noch sicherer zu machen. So steuerten sie aus ihrem Fundus etwa eine Heckkamera bei, die dem Fahrer beim Manövrieren beste Dienste leistet und so Schluss macht mit den beim Rückwärtsfahren bisher üblichen „Blindflügen“. Eine weitere Neuheit in dieser Fahrzeugklasse ist das „Connect“ genannte Multimediasystem mit Navigation, Bluetooth-Anbindung und allen bekannten Schnittstellen für Kommunikation und Musik unterwegs.

Ideal für hartes Arbeiten

Daneben ist der NV 400 genau das, was viele Gewerbetreibende tagtäglich nutzen. Ein zu einhundert Prozent auf harte Arbeit ausgelegtes Nutzfahrzeug mit zwei Radständen



Aufgestellt: Der neue Transporter Nissan NV 400 bereichert das Angebot mit zusätzlichen Features.

BILDER FL/WERK

und verschiedenen Dachhöhen. Vom Kasten- und Kombiwagen abgeleitet sind die Versionen Chassis-Kabine, Pritschenwagen, Kleinbus und Sattelschlepper. Dazu gesellen sich die

vielen Angebote der Schweizer Ausbauer, die das Fahrzeug den individuellen Kundenbedürfnissen anpassen.



Gradlinig: Grosse Werbeflächen und modernste Transportertechnik sind im Nissan NV 400 vereint.

Für den Nissan NV 400 stehen drei Leistungsstufen aus dem 2,3 Liter grossen Vierzylinder zur Wahl: 100, 125 und 150 PS. Die stärkste Variante – sie eignet sich auch gut für den Anhängerbetrieb – besitzt einen Turbolader mit variabler Schaufelgeometrie. Die meisten Versionen weisen einen Dieselpartikelfilter serienmässig auf. Je nach der bevorzugten Antriebsart wird er entweder quer oder längs eingebaut. Ein manuelles 6-Ganggetriebe oder eine automatisierte Schaltbox (Quickshift) mit ebenso vielen Stufen übernehmen die passende Untersetzung. Die Nutz-

last liegt je nach Fahrzeugleergewicht zwischen 1200 und 1425 Kilogramm, das Gesamtgewicht liegt bei 3,5 Tonnen. Für jene, die gelegentlich auf Baustellen oder abgelegenen Bauernhöfen zu tun haben, bietet sich die Version mit hinterer Doppelbereifung an.

Bei Bedarf mobiles Büro

In der komfortablen Kabine fühlen sich Fahrer und Beifahrer (höchstens zwei) wohl. Zahlreiche Ablagen und sinnvolle Hilfen sorgen dafür, dass die Lieferpapiere stets griffbereit sind, und es besteht sogar die Möglichkeit, den NV 400 in ein mobiles Büro umzufunktionieren. Die grossen Schwenktüren, die breiten, seitlichen Schiebetüren (1 oder 2) und die hinteren Schlagtore mit Doppelgelenken bieten jederzeit Gewähr dafür, dass der Zugang zu den festgezurten Waren problemlos möglich ist.

Roland Hofer

WISSENSWERTES

Modell: Nissan NV 400
Motor: 4-Zyl., 2298 ccm, Turbodiesel
Leistung (kW/PS): 100, 125 und 150 PS
Drehmoment (Nm): 285, 310 und 350 Nm ab 1750/min
Kraftübertragung: 6-Gang/ Front oder Heck
Radstände (mm): 3682 und 4332
Nutzlast (kg): 1200 bis 1425 Kilo
Preise (ab Fr.): 43 000.–
Detailinfos: www.nissan.ch

AUTOTECHNIK – Seit die Hersteller das «Downsizing» entdeckt haben, werden die Motoren immer kleiner. Direkteinspritzung und Aufladung gleichen den fehlenden Hubraum aus.

Viel Treibstoff sparen mit «Downsizing»

Vorreiter beim Verzicht ist der Fiat-Konzern, der im wiedergeborenen «Cinquecento» das Comeback des Zweizylinders feiert. Mit dem Original aus den 1950er-Jahren, das aus 0,5 Liter Hubraum gerade einmal 13 kW/18 PS schöpfte, hat der neue Hightech-Motor bis auf die Zahl der Zylinder natürlich nichts mehr gemein. «Der auf nur 875 Kubikzentimeter reduzierte Hubraum ist ein Paradebeispiel für das Downsizing, also die Verwendung kleinerer Motoren mit weniger innerer Reibung», erläutert Fiat-Sprecher Thomas Kern.

Eindrucksvolle Werte

Ein Turbolader sorgt für ein Leistungs- und Drehmomentniveau, wie man es von Vierzylindern kennt. Ausserdem ermögliche die sogenannte «MultiAir-Technik» durch den Verzicht auf die Einlassnockenwelle eine völlig variable Ventilsteuerung. Das sorgt laut Kern für zehn Prozent mehr Leistung, ein Drehmomentplus von 15 Prozent und 10 Prozent weniger Verbrauch. «Im neuen TwinAir-Motor werden nun erstmals diese Technologien in einem Zweizylinder-Konzept vereint. Sie machen das Triebwerk zum weltweit ökologischsten Benziner für Personenwagen», meint der Fiat-Sprecher nicht ohne Stolz. Denn obwohl der Motor 63 kW/85 PS erreicht und im Fiat 500 im-



Fiat macht's mit dem 500er Modell vor: Im neuen TwinAir-Motor werden nun erstmals aktuelle Technologien in einem Zweizylinder-Konzept vereint.

merhin 173 km/h ermöglicht, liegt sein Normverbrauch bei 4,1 Litern und der CO₂-Ausstoss bei 95 g/km.

VW geht noch weiter

Mit dem Fiat-Konzept ist das Ende der Fahnenstange allerdings noch nicht erreicht: Dass selbst ein Zylinder ausreichen kann, hat der damalige VW-Chef Ferdinand Piech bei seiner letzten Dienstreise mit einem Einliter-Auto bewiesen. Der zigarrenförmige Karbonwagen von 2002 fuhr mit einem 6 kW/9 PS starken Einzylinder mit 0,3 Liter Hubraum und schaffte

120 Stundenkilometer. Allerdings war schon bei der Jungfernfahrt des Sparwunders klar, dass dieses Auto so nie gebaut werden würde. «Das zeigt nur das technisch Mögliche, eine Serienfertigung ist schon aus Kostengründen nicht machbar», hatte Piech am Ende der Ausfahrt erklärt.

Bald auch Dieselvariante?

Dennoch zählt der VW-Konzern zu den Herstellern, die sich mit den wenigsten Zylindern begnügen. In Kleinwagen wie VW Polo oder Fox, in Skoda Fabia und Seat Ibiza arbeiten vie-

le Dreizylinder. Ausserdem haben die Niedersachsen bereits öffentlich mit dem Zweizylinder-Diesel experimentiert: Den L1, die Weiterentwicklung des Einliter-Autos von Ferdinand Piech, treibt ein Diesel mit zwei Brennkammern und 0,8 Liter Hubraum an. Der Mini-Selbstzünder leistet im normalen Betrieb 20 kW/27 PS. Wenn man die Sporttaste betätigt, stehen 29 kW/39 PS zur Verfügung. Dreizylinder kommen auch im Suzuki Alto und Splash, im Opel Agila und Nissan Pixo zum Einsatz. Ausserdem knattert im Heck des Smarts traditionell ein Aggregat mit drei Brennkammern. Eine völlig neue Dreizylinder-Generation hat Nissan für den neuen Micra entwickelt, der im Herbst zu den Händlern kommt: Sein 1,2-Liter-Motor leistet 59 kW/80 PS. Im Frühling soll es ihn auch als Kompressor mit Direkteinspritzung geben. Dann steigt die Leistung auf 72 kW/98 PS, während der Verbrauch um 1,0 auf 4,0 Liter sinkt. Mit solchen Effizienzsteigerungen werden nicht nur zusätzliche Zylinder überflüssig, sondern auch Antriebsalternativen: Der Dreizylinder im Nissan Micra sei schliesslich so genügsam, sagt Produktmanager Eric Rigaux, «dass wir uns den Diesel in dieser Baureihe künftig komplett sparen können».

Gst

VERSICHERUNGSRATGEBER – Schäden an fremden Objekten können die KMU bei Unterversicherung teuer zu stehen kommen.

Wenn der Lehrling Pech hat...



Vorab Betriebe, die häufig Arbeiten an fremden Einrichtungen oder Maschinen ausführen, sollten sich ausreichend gegen Obhuts- und Bearbeitungsschäden absichern.

K.L. aus R.: «Meine mechanische Werkstätte steht in einer ländlichen Gegend. Deshalb reparieren und restaurieren wir fast alles: vom Küchengerät bis zum Kranmotor und vom Heugebläse bis zum Betonmischer. Kürzlich bediente unser Lehrling den Kran und traf durch eine ungeschickte Bewegung das Lagerregal. Beinahe wäre der soeben restaurierte Motor eines Betonmischers zu Boden gefallen. Der Motor gehört einem Kunden und ich wäre ihm gegenüber sicher haftpflichtig. Übernimmt meine Betriebs-Haftpflichtversicherung solche Schäden?»

■ Sehr geehrter Herr K.L.: Ihre Frage interessiert sicher auch andere Unternehmerinnen und Unternehmer: Nein, die klassische Betriebs-Haftpflichtversicherung schliesst solche Schäden grundsätzlich aus. Sie übernimmt die Kosten für den Motor auch dann nicht, wenn er einem Kunden gehört und in Ihrer Obhut lagert. Von diesem Ausschluss betroffen sind Schäden an Objekten, die Sie zur Bearbeitung, Verwahrung oder Beförderung übernehmen. Für diesen

Versicherungsbedarf gibt es spezielle Lösungen.

So schützen Sie sich

Versicherer bieten Zusatzdeckung für sogenannte «Obhuts- und Bearbeitungsschäden». Prüfen Sie mit Ihrem Versicherungsberater, ob Ihre Haftpflicht-Police diesen speziellen Schutz beinhaltet. Und, sparen Sie nicht bei der Versicherungssumme – solche Schäden gehen rasch ins Geld. Dieser zusätzliche Versicherungsschutz besteht für «begleitende Nebentätigkeiten», die mit dem Auftrag verbunden sind. Dazu gehört unter anderem auch das Lagern von Gegenständen, oder, wenn Sie diese beim Kunden holen und zurückbringen. Das erwähnte Risiko «Betonmischer-Motor» wäre mit der Zusatzdeckung versichert. Ein vielschichtiger Versicherungsbereich – deshalb prüfen wir in der Praxis fast jede Risikosituation einzeln.

Unternehmerisches Risiko

Sie sind Unternehmer: Damit tragen Sie mit Ihrer Tätigkeit auch Unternehmensrisiken, für die Sie haftpflichtig sind. Was ist ein typisches «eigenes

Unternehmensrisiko»? Angenommen, Sie oder Ihre Angestellten bearbeiten einen Gegenstand mangelhaft oder beschädigen diesen im direkten Arbeitsprozess. Bei diesen Tätigkeiten geht es um das eigentliche Bearbeiten, um individuell berufliches Geschick, um Erfahrung und auch um Sorgfalt. Diese «Gewährleistungsschäden» können nicht versichert werden. Sie sind als Unternehmer haftpflichtig: Für Mängel und Schäden an Sachen und oder geleisteten Arbeiten, die von Ihnen oder in Ihrem Auftrag hergestellt oder geliefert werden. Dazu zählen auch ursächlich bedingte Mängel und Schäden, die auf das Herstellen, Liefern oder auf die Arbeitsleistung zurückgehen.

Die klassische Betriebs-Haftpflichtversicherung und Zusatzdeckung schliesst diese Schadenereignisse aus. Warum das? Würden Versicherer dieses Risiko tragen, förderten sie «Pfuschar-

beit». Sie, als verantwortungsbewusster Unternehmer und Kunde, möchten mit Ihrer Prämie kaum für solche Schadenzahlungen aufkommen.



Mobiliar-Experte Andreas Althaus kann auf eine über 30-jährige Erfahrung in der Versicherungsbranche zurückblicken und gilt als Spezialist für den Bereich KMU. Fragen sind zu richten an: andreas.althaus@mobi.ch

UNTERNEHMUNGSFÜHRUNG – Hochschule St. Gallen bietet Kurse für Nichtjuristen an.

Recht muss nicht ein Risiko sein

Unternehmer, Verwaltungsräte und Führungskräfte werden beinahe täglich mit rechtlichen Fragen konfrontiert. Zumeist sind solche Fragen Anlass für Ärger: Eine Baubewilligung wird nicht erteilt, eine Aufwandsbuchung von den Steuerbehörden nicht akzeptiert, ein Vertrag ist lückenhaft oder wegen der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses wird das Unternehmen vor den Kadi zitiert. Recht wird als Risiko oder Störfall wahrgenommen. Muss es durchgesetzt werden,



Weiterbildungszentrum der Universität St. Gallen.

wird es ausserdem schnell teuer. Und auch der Umgang mit Anwälten ist kein Honigschlecken: Diese verstehen oft nicht viel vom Geschäft, das das Unternehmen betreibt, reden und schreiben schwer verständlich, scheinen häufig nicht an einer zügigen Erledigung des Problems interessiert und schreiben horrend Honorarrechnungen!

Und doch: Recht lässt sich aus dem Unternehmensalltag nicht mehr wegdenken. Neben Risiken bietet es auch Chancen, und immer mehr Führungskräfte interessieren sich für juristische Aspekte ihrer Tätigkeit. Seit einigen Jahren bietet die Universität St. Gallen deshalb einen Lehrgang für Nichtjuristen an, der sich konsequent an den Bedürfnissen der Unternehmensführung orientiert. Ziel ist es, den Absolventinnen und Absolventen ein eigenes Urteil in rechtlichen Fragestellungen zu ermöglichen. Die Auseinandersetzung mit juristischen Fachleuten soll «auf Augenhöhe» erfolgen, und beauftragte Anwälte sollen zum Nutzen des Unternehmens sauber angeleitet werden können.

pd

■ Der nächste Lehrgang beginnt am 7. März 2011. Information und Anmeldung: Nadine Studach 071 224 75 12, nadine.studach-weder@unig.ch

AKTUELLE KOCHBÜCHER

Kulinarisches Erbe

Einfache, alltägliche und traditionelle Schweizer Rezepte zu sammeln, aktualisieren und publizieren: aus dieser Idee heraus ist vor über 15 Jahren die Reihe «Landfrauen kochen» entstanden. So sind bis heute in Zusammenarbeit mit verschiedenen regionalen Bäuerinnen- und Landfrauenverbänden zahlreiche Kochbücher mit erstaunlichen Rezeptsammlungen erschienen. Die mit Werken aus heimischem Kunst- und Handarbeitschaffen illustrierten Bücher mögen auf den ersten Blick etwas bieder erscheinen, doch beim Publikum finden sie ein breites Echo. Nicht nur Hobbyköche kommen auf ihre Rechnung – sogar bekannte Gourmetköche schauen gern hinein, um sich inspirieren zu lassen. Begonnen hat die erfolgreiche Reihe vor gut einhalb Jahrzehnten mit dem Titel «Berner Landfrauen kochen». Nun haben sich Bernerinnen erneut an die Arbeit gemacht, zahlreiche Rezepte aus allen Teilen des Mutzenkantons gesammelt, gesichtet, nachgekocht und ausgewählt. Entstanden ist ein Kochbuch mit traditionellen und auch «neumodigen» Gerichten, die durchaus einer zeitgemässen und modernen Ernährung entsprechen. So finden sich darin beispielsweise ein Geschnetzeltes mit Sojasprossen wie auch Henäs Landjäger-Lauchgemüse, die Kartoffelmuffins, der Saure Mocke, Edas Meringuedesert oder die Bärner Züfte.

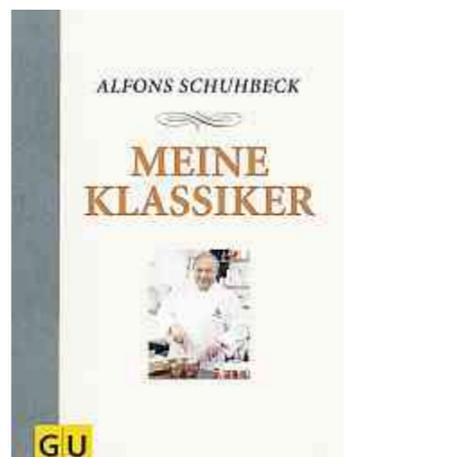
■ **Berner Landfrauenküche:** 238 köstliche Rezepte aus dem Bernbiet. Mit Farbbildern von Beatrice Hildbrand. 192 Seiten, praktische Spiralbindung, Fr. 29.-; ISBN 978-3-905694-34-5

LINK

www.landfrauenkochen.ch

Des Meisters Klassiker

In der deutschsprachigen Gastronomie ist Alfons Schuhbeck eine Ausnahmeerscheinung. Entsprechend sind auch Kritiker nicht weit. Er sei ein schlauer Besserwisser, der «durch seine Garsichtigkeit und penetrante Anpreisung von Kräuter-Voodoo seine mittelmässigen Kochkünste verdeckt», wagte kürzlich ein prominenter österreichischer Konkurrent zu behaupten. Derartige Nörgelei ignoriert die Tatsache, dass Schuhbeck scheinbar mühelos Fernsehauftritte (vorab «Lanz kocht» freitags im ZDF), sein Münchner Restaurant «Südtiroler Stubn», seine Kochschule und seinen Gewürzladen sowie unzählige kulinarische Projekte managt und dabei seit fast 30 Jahren seinen Michelin-Stern hält. Der 61-jährige Urbayer ist nun mal ein Gigant seiner Branche, einer der sie so nahe zur wahren Kunst rückt wie nur wenige vor ihm. Entsprechend interessant wird's, wenn er sich daran macht, sein grosses Wissen weiterzugeben. In seinem neuesten Kochbuch «Meine Klassiker» präsentiert Schuhbeck 100 seiner bekanntesten Rezepte, die quasi die Essenz seiner langen Karriere am Herd darstellen. Es ist sein persönlichstes Kochbuch. «Es gibt nix Besseres als was Guats», bekennt er. Und «was Guats», das sind für ihn in erster Linie die bodenständigen Gerichte seiner bayerischen Heimat, die er zu raffinierten Hochgenüssen verfeinert, ohne sie dabei zu verfremden. Ein Vorteil: Die grosse Mehrheit lässt sich problemlos zu Hause nachkochen, auch wenn Eidgenossen vielleicht etwas Mühe mit den ungewohnten Ausdrücken und Bezeichnungen haben dürften. Ein ausführliches Porträt rundet das Kochbuch ab. Wer wissen möchte, wie der Ausnahmekoch Alfons Schuhbeck tickt – hier lässt es sich erlesen und erschmecken.



■ **Alfons Schuhbeck: Meine Klassiker. Reihe:** GU Autorenkochbuch, 320 Seiten, 300 Fotos, Fr. 42,90; ISBN: 978-3-8338-2126-4

ANZEIGE

ANAVANT

Schweizerischer Verband technischer Kaderleute
Société suisse des cadres techniques
Società svizzera dei quadri tecnici

Der Schweizerische Verband Technischer Kaderleute schreibt für 2011 folgende Prüfung aus:

Berufsprüfung Technischer Kaufmann / Technische Kauffrau mit Eidgenössischem Fachausweis

schriftliche Prüfung: Dienstag, 23. – Donnerstag, 25. August 2011
St. Jakob Park, 4000 Basel

mündliche Prüfung: Dienstag, 4. – Samstag, 8. Oktober 2011
Leonhard Gymnasium, 4000 Basel

Prüfungsgebühr: Fr. 1'900.-

Anmeldetermin: Freitag, 15. April 2011
Massgebend ist das Datum des Poststempels.
Zu spät aufgebene Anmeldungen werden nicht mehr berücksichtigt. Mit der Anmeldung ist die Prüfungsgebühr von Fr. 1'900.- einzuzahlen.

Anmeldungen sind per eingeschriebenen Brief zu senden an:
Anavant, Postfach, 8048 Zürich

Anmeldeformulare sind erhältlich:

- Sekretariat Anavant, Postfach, 8048 Zürich
Fax 044 552 01 52
- Internet: www.anavant.ch

ANDEREGG BAUMSCHULEN AG – In Langenthal werden auf 34 Hektaren Zehntausende Pflanzen von klein auf kultiviert. Spezialität des Familien-KMU sind formvollendete Solitär- und Formgehölze.

Besser in Form

Wenn der Langenthaler Urs Andereggs durch seine Baumschule einlädt, holt er erst die Autoschlüssel für seinen geländetauglichen Firmenwagen. Die Baumschulanlage der Familie Andereggs verteilt sich auf zehn verschiedene Standorte in Langenthal, Thunstetten, Bützberg, Buswil und Melchnau und umfasst insgesamt 34 Hektaren. Andereggs hatte das Glück, seine Pflanzenleidenschaft zum Beruf machen zu können. Er ist Inhaber und Geschäftsführer einer der flächenmässig grössten Baumschulen der Schweiz: der Andereggs Baumschulen AG, die 1919 gegründet wurde und sich auch

in der 3. Generation immer noch in Familienbesitz befindet.

Wenn Urs Andereggs mit Gartenliebhabern oder Gartenbauern durch die verschiedenen Quartiere seiner Baumschule fährt, ist das gemeinsame Fachsimpeln natürlich wichtig. Im Vordergrund steht aber meist die Suche nach jenem Pflanzenjuwel, das den Garten des Gastes ideal abrunden könnte.

In der Andereggs-Baumschule findet man einerseits ein grosses Standardsortiment an kräftigen und schönen Nadel- und Laubgehölzen, Alleebäumen, Hecken- und Moorbeetpflanzen, Bambus, Schling- und Kletterpflanzen sowie Bodendeckern, Rosen, Obst, Beeren und Solitärstauden. Andererseits ist die Baumschule bekannt für ihre formvollendeten Ziergehölze, wobei man zwischen Solitär- und Formgehölzen unterscheidet.

Mehrmals verpflanzen

Während Firmengründer Andreas Andereggs hauptsächlich Obst und Rosen kultivierte, ging dessen Sohn Fritz Andereggs dazu über, mehrheitlich Laub- und Nadelgehölze anzubauen. Dabei setzte er anfangs auf Massenware, später dann immer mehr auch auf Solitärgehölze, sprich grössere Bäume oder Sträucher, die beim späteren Besitzer in Einzelstellung gepflanzt werden sollen.

Als Urs Andereggs und sein inzwischen aus dem Betriebe ausgeschiedener Bruder Andreas Andereggs 1994 die Baumschule übernahmen, entwickelten sie die Solitärbaumschule gezielt weiter – in der Gewissheit, wie viel Pflege jedes einzelne Solitärgehölz erfordert. «In der Baumschule wird ein Solitärgehölz je nach Bodenverhältnissen und Pflanzengattung alle drei bis sechs Jahre verschult, das heisst die Pflanze wird ausgegraben und am selben oder an einem anderen Standort neu gesetzt», erklärt Urs Andereggs.



Die Formgehölze werden durch regelmässige, gezielte Schnitt- und Bindemassnahmen zu einer bestimmten Form gezogen.

Dieser Vorgang bewirke, dass ein besonders kompakter Wurzelballen mit einem hohen Anteil an für die Wasser- und Nährstoffaufnahme lebenswichtigen Faserwurzeln entsteht. «Zudem wird das Gehölz je nach Gattung und Sorte regelmässig geschnitten, um entweder den charakteristischen Habitus zu unterstreichen oder um einen besonders dichten Wuchs zu erreichen», so Andereggs.

Ausgeklügelte Formen

Vor zehn Jahren ist man in der Baumschule Andereggs dazu übergegangen, heimische und seit Jahren in der Schweiz etablierte Pflanzen vermehrt als Formgehölze zu kultivieren. So wird beispielsweise eine Eibe oder eine Buche zu einem Formgehölz, wenn sie durch regelmässige, gezielte Schnitt- und Bindemassnahmen zu einer bestimmten Form gezogen wird. Der Kunde hat dabei die Wahl, ob der Baum eine Dachform haben soll, durch eine Säulenform oder eine niedrige – oder auch grosse – Schirmform auffallen soll, durch klassische Bonsai- oder Pomponformen die Atmosphäre asiatischer Gärten vermitteln oder in seiner Form eher an einen ausgewachsenen, sehr alten Baum erin-

nern soll. «Die Formgehölze werden aus Pflanzen gestaltet, welche auch sonst in unseren Gärten verwendet werden. Sie sind mindestens so robust wie frei gewachsene Gehölze», versichert Urs Andereggs.

90 Prozent selber kultiviert

«Alle bei uns erhältlichen Pflanzen sind im Schweizer Klima winterhart», erklärt Urs Andereggs. Er kann dies mit gutem Gewissen sagen, stammen doch mindestens 90 Prozent der Pflanzen aus eigener Produktion, viele wurden von den im Jahresdurch-

DAS UNTERNEHMEN

1919 gründete Andreas Andereggs in Langenthal eine Obst- und Rosenbaumschule. Jahre später begann er mit der Ziergehölz-Produktion, die sein Sohn Fritz Andereggs ab 1963 erfolgreich weiter führte. Urs und Andreas Andereggs übernahmen den Betrieb 1994 in der 3. Generation. Sie verfolgten erst die gezielte Weiterentwicklung der Solitärbaumschule und bauten dann auch die Formgehölz-Produktion aus. Seit 2009 ist Urs Andereggs alleiniger Inhaber der Baumschule. Die Baumschule Andereggs zählt heute 20 Mitarbeiter, darunter 3 Lernende, und verfügt über 34 Hektaren Kulturland.

schnitt 18 Mitarbeitern von klein auf kultiviert. Diese Quote würde gar noch höher liegen, würde Andereggs nicht auf sich im Laufe der Jahre immer wieder ändernde Kundenbedürfnisse reagieren. «In einer Baumschule ist eine langfristige Planung erforderlich, dauert es doch mehrere Jahre, ein Gehölz aufzuziehen», so der Inhaber. So verfolge er den Markt stets aufmerksam und würde je nach Verkaufszahlen Halbfertig- oder Fertigpflanzen hinzukaufen. «Der Absatz der Formgehölze hat sich besser entwickelt, als wir ursprünglich erwartet haben. Seit wir vor sechs Jahren den Verkauf durch gezielte Werbung forciert haben, sind wir für unsere Formgehölze bekannt», erklärt er.

Gute Marktposition

Urs Andereggs positioniert seinen Betrieb bewusst als Baumschule mit Spezialkompetenzen im Markt, um so dem auch durch ausländische Konkurrenz verstärkten Preiskampf möglichst auszuweichen. «Unsere Nischenprodukte, die viel Know-how erfordern, kann man in ihrer Qualität nicht einfach so mit Billigpreisen unterbieten», ist Andereggs überzeugt. Der Erfolg gibt ihm Recht, die Umsatzzahlen entwickeln sich positiv, zumal immer mehr Hausbesitzer ihren Garten als wertvollen Lebensraum erkennen und sich die Umgestaltung dementsprechend auch etwas kosten lassen.

«70 Prozent unserer Kunden sind Gartenbauer aus der ganzen Deutschschweiz, je 15 Prozent sind Privatkunden beziehungsweise Baumschulen aus der ganzen Schweiz», erklärt Andereggs. Eine Zahl dagegen kennt er trotz einem sorgfältig geführten Kulturplan und regelmässiger Kontrollgänge, die wegen Sachbeschädigungen durch Dritte leider notwendig geworden sind, nicht: Wie viele Pflanzen er eigentlich seinen Kundinnen und Kunden zeigen könnte. «Es wäre zu aufwendig, die genaue Zahl unseres Bestandes zu ermitteln, und dies ist für uns auch keine betrieblich relevante Grösse», so Andereggs. Lieber kümmert er sich mit seinem Team darum, dass Gehölze aus der Andereggs Baumschulen AG auch in Zukunft formvollendet sind.

Matthias Engel

LINK

www.andereggs-baumschulen.ch



Urs Andereggs versichert, dass seine Pflanzen mindestens so robust sind wie frei gewachsene Gehölze.

Pflanzen leiden vermehrt unter Sonnenbrand und Schädlingsbefall.

Klimawandel beeinträchtigt Wachstumsbedingungen

Wer in einer Baumschule arbeitet, weiss, dass er sich immer wieder mal dem Wetter unterordnen muss. Manchmal sind die Witterungsverhältnisse so schlecht, dass man besser nicht in den Aussenanlagen an den Bäumen und Sträuchern Hand anlegt – dies auch zum Wohle der Pflanzen. Dementsprechend wird seit jeher der Monate zuvor festgelegte Wochenablauf angepasst, wenn es am Tag X zu nass, zu windig oder zu heiss ist.

In den letzten zehn Jahren hat Urs Andereggs aber die Beobachtung gemacht, dass extreme Witterungsverhältnisse immer häufiger auftreten. Er denkt da beispielsweise an den Sturm Lothar im Jahr 1999.

Dabei kam die Baumschule bei diesem Extremereignis verhältnismässig glimpflich weg. «Direkt nach dem Unwetter befürchtete ich das Schlimmste. Zwar stürzten zwei Drittel der Topfpflanzen um, doch fiel der Schaden geringer als erwartet

aus», erinnert er sich. Ein Grossteil der im Freiland gezogenen Pflanzen habe dank gesunder und starker Wurzeln dem Sturm standgehalten. Das Unwetter wurde so quasi zur ausserplanmässigen Qualitätskontrolle, bei der (zu) schwache Pflanzen vorzeitig aussortiert wurden.

Borkenkäfer aufgetaucht

Vor allem der Anstieg der Jahrestemperatur stellt das Team ständig vor neue Herausforderungen. Die Pflanzen müssen häufiger bewässert werden als noch vor ein paar Jahren. Zudem muss man neue Schädlinge bekämpfen. Ein verhältnismässig neuer Feind in der Baumschule ist der Borkenkäfer, der es bekanntlich warm und trocken mag. «Der Borkenkäfer hat zwar schon früher in Schweizer Wäldern für Schäden gesorgt, in unseren Anlagen ist er aber erst im Laufe der letzten zehn Jahre aufgetaucht, dafür teilweise mit massiven Auswirkungen», so Andereggs.

Auch der Pilzbefall nehme ständig zu. Dies wirke sich direkt auf die Kultivierung aus. «Pflanzen, die auf Pilzbefall besonders anfällig sind, nehmen wir aus dem Sortiment. Wir setzen stattdessen auf resistenteren Sorten.»

Verbrennungsschäden drohen

Von der Sommerhitze geht neuerdings noch eine ganz andere Gefahr aus, wie Urs Andereggs erklärt. «Sträucher, die man früher noch das ganze Jahr hindurch zuschneiden konnte, darf man heute an heissen Tagen nicht mehr anpacken», sagt er. Werde der Schnitt bei zu starker Sonneneinstrahlung gemacht, drohen Verbrennungsschäden.

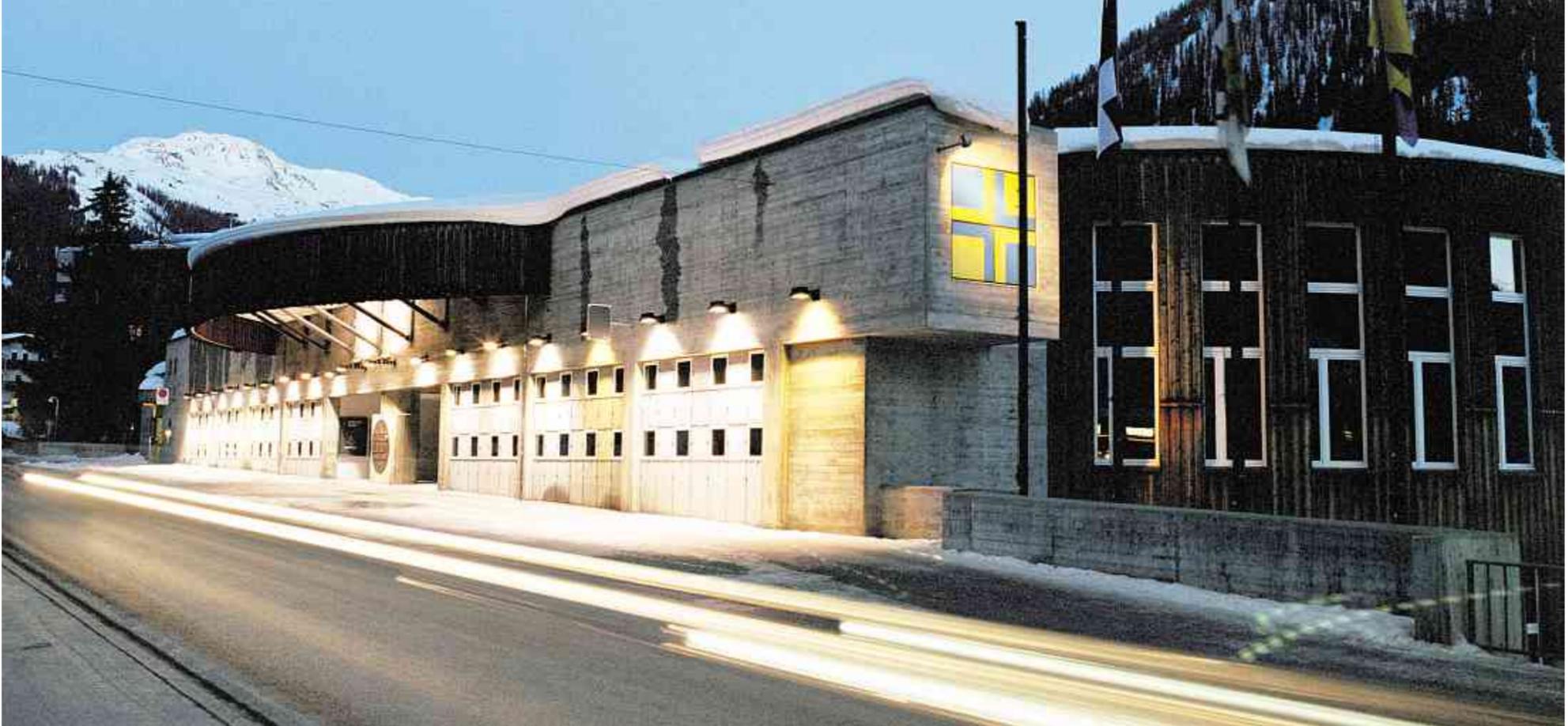
Urs Andereggs hält sich bei neuen Sollvorschriften im Arbeitsalltag nicht an Fachbücher, zu stark würde sich ein regionales Klima vom anderen unterscheiden. «Entscheidend sind die Erfahrungen, die man selber macht, und der Austausch mit Kollegen», so Andereggs. met



Die Gehölze werden alle drei bis sechs Jahre neu gesetzt.

DAVOS – Seit der Eröffnung des erweiterten Kongresszentrums können bis zu 5000 Personen an Tagungen teilnehmen.

Ein neues Wahrzeichen



Das Kongresszentrum wurde um ein Drittel auf 12 000 Quadratmeter vergrössert.

Davos hat eine lange Tradition als Kongressort. Bereits im Höhenkurort tauschten Fachärzte medizinische Forschungsergebnisse aus. Albert Einstein eröffnete 1928 die Davoser Hochschulkurse, die die intellektuelle Elite Europas nach Davos brachten. Ende der 50er-Jahre fanden dann die ersten Medizinkongresse statt. Weitsichtige Davoser entschieden 1967, ein Kongresshaus zu bauen, das schrittweise zum Kongresszentrum ausgebaut wurde. «In dieser Tradition markiert die Eröffnung des erweiterten Kongresszentrums einen neuen Meilenstein», erklärte der Davoser Landammann Hans Peter Michel, als im November das vergrösserte Kongresszentrum erstmals seine Türen öffnete.

Das Kongresswesen hat sich für Davos zu einem wichtigen wirtschaftlichen Standbein entwickelt, das laut einer Studie der Universität St. Gallen rund 650 Arbeitsplätze sichert und eine regionale Wertschöpfung von 55 Millionen Franken generiert. «Die Baukosten von 37,8 Millionen Franken sind deshalb eine Investition in die Zukunft von Davos und seiner Wirtschaft», so Landammann Michel. Im Februar

2009 hatten die Davoser Stimmbürger die dritte Ausbautetappe des Kongresszentrums bewilligt. Nach nur 20 Monaten Bauzeit wurde die Erweiterung termingerecht fertiggestellt.

WEF bleibt in Davos

Die Fläche wurde um ein Drittel auf 12 000 Quadratmeter erhöht. 34 Säle für 20 bis 1800 Personen stehen neu zur Verfügung. Bis 5000 Teilnehmer können im Kongresszentrum Davos tagen. «Wir präsentieren den Veranstaltern und Gästen ein hochmodernes Kongresszentrum, das die Bedürfnisse dieser Kunden auch in Zukunft befriedigen wird», ist Reto Branschi überzeugt. Der Direktor der Destination Davos Klosters (DDK), die im Auftrag der Gemeinde das Kongresszentrum betreibt, konnte dank der Erweiterung alle wichtigen Veranstalter von grossen Kongressen langfristig an Davos binden. Bis 2018 wurde der Vertrag mit dem World Economic Forum (WEF) verlängert. Laut André Schneider, Managing Director des WEF, «entspricht das ausgebaute Kongresszentrum den internationalen Standards und der neue Plenarsaal gibt uns allen eine einmalige Präsentationsplatt-



Das WEF erwartet auch 2011 über 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus über 100 verschiedenen Ländern.

form.» Was auch die Touristiker freuen wird: Das diesjährige WEF wird Region der am 20. und 21. Januar einmal mehr zu einer starken internationalen Medienpräsenz verhelfen.

Kongresstourismus stärkt Feriendestination

Der Kongresstourismus erzielt eine hohe Wertschöpfung für die Davoser Hotellerie, Gastronomie und das lokale Gewerbe. Im letzten Sommer verlor die Destination Davos Klosters wegen der Schliessung des Kongresszentrums rund 20 000 Logiernächte. Dieser vorhersehbare Verlust kann laut Reto Branschi aber mit neuen Akquisitionen im erweiterten Kongresszentrum kompensiert werden. So werden die Swisscom 2011 einen Mitarbeiteranlass und die SUVA 2012 einen Kongress mit 1500 Teilnehmern in Davos abhalten. «Da das Kongresswesen langfristig ausgelegt ist, reduziert sich die Abhängigkeit von Wetter oder Wirtschaftslage und garantiert uns eine Grundaustlastung», fasst Reto Branschi die Bedeutung des Kongresstourismus für die Destination zusammen.

Architektonisches Markenzeichen

Degelo Architekten aus Basel, die den Architekturwettbewerb 2008 gewonnen haben, erschliessen das Kongresszentrum neu mit einem markanten und einladenden Eingangsportaal vom Kurpark her. Eine Wandelhalle erschliesst die bisherigen Häuser A

und B mit dem Erweiterungsbau C und schafft einen grosszügigen Begegnungsraum. «Das Kongresszentrum funktioniert sowohl als Einheit mit einem leistungsfähigen Eingangsbereich für Grossanlässe als auch mit drei autonomen Häusern, die unabhängig voneinander betrieben werden können», erklärte Architekt Heinrich Degelo vor der Einweihungsfeier die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten.

Landammann Hans Peter Michel sieht das Zentrum als Faktor der Wirtschaftsförderung: «Der Bau zieht neue Investoren nach Davos, die für eine nachhaltige Entwicklung und neue Hotelkapazitäten sorgen.» Die Hilton-Gruppe hat denn auch letzten Sommer direkt gegenüber dem Kongresszentrum mit dem Bau eines neuen Hotels im oberen Qualitätssegment begonnen. Diese Entwicklung stärke das internationale Renommee von Davos Klosters, folgert Tourismusdirektor Reto Branschi: «Mit dem neuen Kongresszentrum haben wir ein architektonisches Markenzeichen als Topdestination der Alpen erhalten.»

LINK

www.davos.ch

ANZEIGE

SIU / Schweizerisches Institut für
Unternehmensschulung im Gewerbe
Schwarztorstrasse 26
Postfach 8166, 3001 Bern
Tel. 031 388 51 51, Fax 031 381 57 65
gewerbe-be@siu.ch, www.siu.ch



SIU IFCAM
Schweizerisches Institut für Unternehmensschulung

Eidg. dipl. Betriebswirtschafter/in des Gewerbes KOSTENLOS

den Höheren SIU-Fachkurs an einem Informationsabend in Ihrer Nähe kennen lernen.

Reservieren Sie sich Ihren Platz am gewünschten Ort

Basel	18. Januar	2011
Dagmersellen/LU	19. Januar	2011
St. Gallen	25. Januar	2011
Zürich	2. Februar	2011
Bern	7. Februar	2011

(Anmeldung bitte unbedingt bis 3 Tage vor dem Informationsabend)

Beginn 18.30 Uhr oder verlangen Sie unverbindlich unser Programm.

Kursstarts:
Mai 2011

in Bern und Zürich
Berufsbegleitend!
Branchenneutral!

EURO-KRISE – Der starke Franken belastet zwar die Schweizer Exportwirtschaft und den Tourismus, andererseits kommen Schweizer Bürger 2011 in den Genuss von billigen Europa-Ferien. Inspirieren lassen können sie sich an Ferienmessen.

Ferien in Europa so billig wie nie

Der Höhenflug des Schweizer Francs, resp. die Schwäche von Euro und US-Dollar haben sich auch über den Jahreswechsel fortgesetzt. Kaum ein Tag ohne neue Tiefststände, kaum ein Tag ohne Negativmeldungen hinsichtlich der Belastung für die Schweizer Exportwirtschaft oder die Schweizer Tourismusbranche. Aber wo es Verlierer gibt, da sind auch Gewinner – und dies sind in diesem Fall Schweizer Bürger, die ihren Urlaub 2011 im europäischen Ausland oder in den USA verbringen möchten.

Ferien bis zu 20 Prozent billiger

Auch wenn der Weihnachtsurlaub eben gerade vorbei ist und die Sportwoche noch bevorsteht – die Planung der Ferien im neuen Jahr kann beginnen. Und manch einer wird sich die Augen reiben ob der Preise, die noch vor zwei, drei Jahren höchstens als Last-Minute-Schnäppchen möglich gewesen wären. Nach Angaben verschiedener Schweizer Reiseveranstalter dürften die Preise für Sommerfe-



Spektakuläre Kulissen auf Ibiza – 2011 gibt es sie so günstig wie nie.

BILD XESCU PRATS

rien in Europa um bis zu 20 Prozent unter dem Vorjahreswert liegen.

EU-Bürger müssen sparen

Nicht nur das Arrangement allein ist durch den schwachen Euro günstig zu haben, auch alle nicht eingeschlossenen Auslagen wie zum Beispiel für Mietwagen, auswärtige Verpflegung, Souvenirs oder Ausflüge fallen deutlich tiefer aus. Die Gründe für die tieferen Kosten sind aber nicht allein bei der schwachen europäischen Leitwährung zu suchen: In Europa ist ein eigentlicher «Sparausch» ausgebrochen. Staaten wie Griechenland, Irland, Island, Italien, Spanien, Portugal oder England muten mit massiven Sparmassnahmen ihren Bürgern viel zu. Diese müssen deshalb vielfach auf ihren Urlaub verzichten. Die Folge sind schlecht gebuchte Hotels, die nun wiederum versuchen, ihre Zimmer mit tieferen Preisen zu füllen.

Griechenland senkt Preise

Griechenland, wo der Tourismus jährlich mehr als 18 Prozent zum Brutto-sozialprodukt beiträgt und rund 700 000 Arbeitsplätze schafft, senkt die Preise noch stärker. Hier kann der Abschlag gegenüber dem Vorjahr je nach Angebot auch 30 bis 35 Prozent betragen. Bei diesen Preisen lässt es

sich dann auch besser verkraften, wenn die zu «Sparweltmeistern» verdammten Griechen sich gerade zur Hauptsaison dazu entschliessen sollten, einen weiteren Generalstreik auszurufen. Allerdings verbrachten trotz Arbeitsniederlassungen und Ausschreitungen auch 2010 kaum weniger Schweizer ihre Ferien auf den griechischen Inseln als in den beiden Vorjahren.

Buchung online oder im Reisebüro

Viele Konsumenten wollen immer billiger Ferien machen – und sie werden vom Markt auch gut versorgt. In diesen Tagen werden die Preise in den Ferienkatalogen der Direktanbieter die Gewissheit liefern, dass Reisen ins Ausland schon lange nicht mehr so günstig waren. Übers Internet oder per Telefon sind die Urlaubstage schnell gebucht und mit der sich nun einstellenden Vorfreude rechnen sich die Angebote noch zusätzlich. Günstige Ferien sind aber keineswegs nur elektronisch zu buchen, sondern auch im Reisebüro erhältlich, wo die Preise im stark umworbene Massengeschäft ebenfalls laufend angepasst werden – und zwar nach unten. Die Vorteile der Reisebüros liegen besonders in der Beratungsqualität, aber auch in der Sicherheit, welche die im

Schweizerischen Reisebüroverband zusammengeschlossenen Anbieter ihren Kunden versprechen können.

Inspiration auf der Ferienmesse

Und diese Beratungsqualität ist durchaus gefragt. Denn einerseits droht man ob der Fülle der Angebote schnell einmal die Übersicht zu verlieren, und andererseits gibt es ja auch noch andere Reisepläne als all-inclusive-Trips nach Korfu, Mallorca oder auf die Kanaren. Die Inspiration dazu kann im Reisebüro kommen, vielleicht online oder auch mit einem Prospekt. Wer aber schon mal so richtig Ferienluft schnuppern will, kann dies auch an einer der zahlreichen Ferienmessen in den nächsten Wochen tun.

te und die ganze Bandbreite an Reiseveranstaltern vor Ort.

Costa Rica zu Gast in Bern

Gastland der Ferienmesse Bern ist der mittelamerikanische Staat Costa Rica. Reisende dieses Landes kommen in den Genuss von einmaliger Natur, einer äusserst artenreichen Tierwelt, aktiven Vulkanen, tropischem Regenwald sowie paradiesischen Pazifik- und Karibikstränden. Costa Rica gilt auch als «die Schweiz Zentralamerikas»: Vorreiter im Ökotourismus und mit einem sehr hohen Bildungsniveau. Integriert in die Ferien- ist erneut auch die Gesundheitsmesse, die Begegnungsplattform für Fragen rund um die Themen Ernährung, Bewegung, Körper, Geist und Seele ist.

Golf und Reiten in Zürich

Dank der engen Kooperation zwischen der Zürcher Ferienmesse FESPO und dem Hallenreitturnier CSI Zürich werden in der Messe Zürich Ende Januar über 100 000 Besucher erwartet. Die zwei Highlights golfmesse.ch und CSI garantieren Spannung, Emotionen und Unterhaltung. Dazu kommt die Multimedia-Show «Abenteuer Ozean», welche die Zuschauer aus dem Alltag entführt und sie in die faszinierende Unterwasserwelt abtauchen lässt. Wer die Ferien trotz Euro-Schwäche im Inland verbringen will, für den ist die Gast-Ferienregion Heidiland ein lohnendes Ziel.

Velo und Camping in Basel

Die Basler Ferienmesse lockt jedes Jahr rund 30 000 Interessierte an. Auch Besucher der gleichzeitig stattfindenden Muba gehen hier ein und aus und informieren sich nebst Feriendestinationen, Kreuzfahrten, Trekkingtouren über die Sonderschau Velo 2011, wo Fahrradbegeisterte neue Destinationen kennenlernen, die zum Radeln prädestiniert sind. Die Sonderschauen Camping und Caravaning sowie Busreisen präsentieren attraktive Alternativen zu den bisher bekannten Reise- und Übernachtungsmöglichkeiten. Zudem sind die Ausstellungsbereiche für Reisebusse und Wohnmobile beim Publikum sehr beliebt. Gastregion in Basel ist Schwarzwald-Ortenau, wo Wellness, Erholung, herausragende gastronomische Angebote und Hotels ebenso zu finden sind wie Golfplätze oder Mountainbike- und Wanderrouten.

Patrick Gunti

LINKS

www.srv.ch
www.ferienmesse.ch
www.fespo.ch
www.baslerferienmesse.ch



Jetzt ist Saisonstart für die beste Zeit des Jahres: Zehntausende suchen alljährlich Inspiration an den Ferienmessen.

BILD ZVC

REISEVERHALTEN – Ferien auch in Krisenzeiten von hohem Stellenwert.

Gereist wird trotz allem

In regelmässigen Abständen untersucht das Bundesamt für Statistik das Reiseverhalten der Schweizer Bevölkerung. Die im November 2010 veröffentlichten Daten für das Jahr 2009 zeigen zwar einen Rückgang der Gesamtsumme aller Reisen, belegen aber, dass Ferien im Ausland für die Schweizer Wohnbevölkerung auch in Krisenzeiten einen hohen Stellenwert besitzen.

Im Jahr 2009, das geprägt war von einer schwierigen Wirtschaftslage, hat sich das Reiseverhalten der Schweizer Bevölkerung verglichen mit dem Vorjahr stark verändert. Die Gesamtsumme aller Reisen mit Übernachtungen nahm im Vergleich zum Vorjahr von 20 auf 17 Millionen ab, was einem Rückgang von 14 Prozent entspricht. Reisen im Inland gingen stärker zurück (–25 Prozent) als Reisen im Ausland (–6 Prozent). Verzichtet wurde auf Reisen von kurzer Dauer, nicht aber auf die klassischen Ferienreisen im Ausland. Trotz der schwierigen Wirtschaftslage nahmen

Ferienreisen ins Ausland gegenüber 2008 nämlich um 7 Prozent zu, während 21 Prozent weniger Ferien im Inland gebucht wurden. Dies macht deutlich, dass Ferien im Ausland für die Schweizer Wohnbevölkerung auch in Krisenzeiten einen hohen Stellenwert besitzen.

Sommerzeit ist Reisezeit

Die Erhebung 2009 bestätigt auch, dass in den Sommermonaten (Mai bis Oktober) jeweils deutlich mehr Reisen unternommen werden als im Winterhalbjahr (November bis April). Die Mehrheit der Reisen, nämlich 10,5 Millionen, führte ins Ausland, zumeist nach Deutschland, Frankreich und Italien. Aussereuropäische Destinationen wurden bei 1,2 Millionen Reisen aufgesucht. Nach Deutschland wurden deutlich weniger Reisen registriert als im Vorjahr (–28 Prozent). Bei allen anderen ausländischen Destinationen sind die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr weniger markant.

Schweizerinnen und Schweizer waren auch bereit, für ihre Reisen tief in die Taschen zu greifen: Im Jahr 2009 wurden für Privatreisen pro Person und Tag durchschnittlich 168 Franken ausgegeben. Das sind rund 20 Franken mehr als im Vorjahr. Bei inländischen Privatreisen lagen die mittleren Tagesausgaben bei 144 Franken und auf ausländischen Privatreisen wurden im Schnitt 183 Franken pro Person ausgegeben. Männer gaben im Mittel rund 41 Franken mehr aus als Frauen. Der Grund für die höheren durchschnittlichen Tagesausgaben liegt nach Angaben des BFS darin, dass auf kostenintensive Reisen wie eben beispielsweise Auslandsreisen mit Hotelübernachtungen nicht verzichtet wurde, dafür vermehrt auf andere Reisen wie Besuche bei Verwandten und Bekannten.

Patrick Gunti

LINK

www.bfs.admin.ch



2011 gibts den Sonnenuntergang auf Mykonos zum Billigsttarif. BILD PIXELIO

Den Reigen eröffnet die Ferienmesse Bern vom 13. bis 16. Januar, es folgen Genf (21. bis 23. Januar), Zürich (27. bis 30. Januar) und Basel (4. bis 6. Februar). Fast 42'000 Besucher zählte die Ferienmesse Bern im letzten Jahr, rund 66 500 Personen besuchten die Messe in Zürich und rund 30 000 in Basel. In Anbetracht von Euro-Schwäche und anklingender Wirtschaftskrise werden dieses Jahr noch mehr Besucher erwartet. Wer sich frühzeitig informieren will, führt sich bereits jetzt die ganze Angebotspalette zu Gemüte. Die Inspiration ist garantiert, sind doch an den vier Wochenenden Länder aller Kontinen-

TRIBÜNE

Fragwürdige Zentralbanken

Die jüngsten Verwerfungen auf den Währungsmärkten werden wie üblich der freien Marktwirtschaft angelastet. Die Mär des «Markversagens» und der «Spekulation» wird von der Politik selbstverständlich immer wieder gerne aufgegriffen. Sind aber frei handelnde Wirtschaftsakteure tatsächlich an der Schuldenkrise vieler Länder schuld? Inzwischen ist ersichtlich, dass staatliche und parastaatliche Institutionen, welche sich planwirtschaftliches Wissen anmassten, am Ursprung der Krise stehen. Ohne die expansive Geldpolitik und unrealistischen Zinsniveaus in weiten Teilen der Euro-Zone sowie den verfehlten politischen Druck zugunsten laxer Kreditstandards vor allem in den USA hätte die Krise nicht eintreten müssen. Anna Schwartz,



Pierre Bessard* über die Schuldenkrise – und wer sie ausgelöst hat.

die berühmte Kollegin des Nobelpreisträgers Milton Friedman, konnte empirisch darlegen, dass jede systemische Finanzkrise ihre Ursache im staatlichen Papiergeldmonopol hat. Die Zentralbanken schreiben die Leitzinsen und das Niveau der gesetzlichen Reserven vor – welche letztlich über den Umfang der Kreditvergabe entscheiden. In ihrer Eigenschaft als Liquiditätsquelle befreien sie im Falle einer Krise die Finanzinstitute zu einem gewissen Grad auch von ihrer Verantwortung für die eingegangenen Risiken. Die Zentralbanken lösen so eine massive planwirtschaftliche Verzerrung der Kapitalkosten aus. Diese führt die Investoren in die Irre und verursacht Verwerfungen, die der Markt zu korrigieren sucht. Eine solche Korrektur nimmt dann etwa die Form einer Rezession an, in deren Rahmen knappe Ressourcen neu verteilt werden. Als Monopolanbieter von Geld können Zentralbanken selbstverständlich nicht genau wissen, wie viel Kredit und Geld eine Volkswirtschaft wirklich benötigt. Ihr Wirken gleicht einem Tapsen im Dunkeln. Angebot und Nachfrage können nun mal nur durch die Informations- und Lenkungsfunction freier Preise in ein Gleichgewicht gebracht werden. Dass sich Marktakteure durch verzerrte Preissignale aufgrund künstlich niedriger Zinsen beirren lassen, kann ihnen hingegen kaum vorgeworfen werden. Sie reagieren schlicht auf die Eingriffe der monetären und politischen Behörden.

Die Zentralbanken haben somit die systemischen Fehlsteuerungen verursacht, die in die

Krise mündeten. Es wäre absurd zu behaupten, die Milliarden an Abschreibungen, zu denen manche Geschäftsbanken gezwungen wurden, seien auf ungehemmte Gewinnsucht zurückzuführen. Nur weil die endogenen Kosten durch die Verzerrung der Zinsen kaschiert wurden, konnten Investoren und Banker solch enorme Risiken erst eingehen. Diese staatlich verursachten Kosten werden oft noch mit Rettungspaketen dem Steuerzahler aufgebürdet.

Natürlich machen Menschen auch in Geschäftsbanken Fehler oder handeln in Einzelfällen aufgrund staatlicher Rettungsgarantien gar verantwortungslos. Daraus aber einen generellen Angriff auf das Funktionieren freier Finanzmärkte abzuleiten, wäre abwegig. Ein Markt, in dem nichts anderes zum Ausdruck kommt als die Gesamtheit einvernehmlicher vertraglicher Beziehungen, kann als solcher nicht versagen. Eine inadäquate Geldpolitik, zentralistische Planungsansätze und ein währungstechnisch suboptimales Konstrukt wie der Euro, welche den Markt verzerren und die Staatshaushalte aufblähen lassen, dagegen schon. Zunehmende Währungsspannungen, die weitere Verzerrung von Risiko und Rendite auf den Märkten, das Hervorrufen einer neuen Blase bei Vermögenswerten und Rohstoffen, eine Umverteilung zugunsten der Schuldner auf Rechnung der Sparer: Die Gefahren der weiterhin ultraexpansiven Geldpolitik und der enormen Bilanzausweitung der Zentralbanken, auch der Schweizerischen Nationalbank, können nicht mehr vertuscht werden. Dass ausgerechnet die Zentralbanken nun die Regulierungshoheit an sich ziehen wollen, muss als bittere Ironie gewertet werden. Ihr Reputationsverlust sowie das laute Nachdenken über eine gesündere Geldordnung im Sinne einer effektiven Kontrolle der Geldmenge oder eines Gold-Standards oder -Gegenwerts werden so jedenfalls nicht vermieden werden können.

*Pierre Bessard ist Direktor des Liberalen Instituts in Zürich.

LINK

www.libinst.ch

Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.

KOPF DER WOCHE



SERGE GAILLARD

Nun aber rasch!

Serge Etienne Gaillard ist ein netter Mensch. Manchmal gar etwas zu nett. So tut sich der 55-jährige frühere Berufsschullehrer und Gewerkschaftsfunktionär auch heute noch schwer, wenn er – inzwischen vier Jahre Leiter der Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft SECO – die richtigen Worte finden müsste. In der NZZ liess er sich zu Jahresbeginn in einem Artikel «Die Arbeitskontrolleure kämpfen mit stumpfen Waffen» dahingehend zitieren, dass der Vollzug der flankierenden Massnahmen generell gut funktioniere... Diese Aussage hat sgv-Direktor Hans-Ulrich Bigler erzürnt. «Wenn man um die Probleme der Scheinselbständigkeit weiss», so Bigler, «und angesichts der bisher weitgehend zahnlosen Massnahmen des SECO ist diese Aussage geradezu ein Schlag ins Gesicht der davon betroffenen KMU-Wirtschaft.» Bigler hat Gaillard deshalb schriftlich um eine Stellungnahme gebeten und ihn gefragt, «wie das SECO die unter dem korrekten NZZ-Titel dargestellten Probleme endlich und vor allem umfassend lösungsorientiert in den Griff zu kriegen» gedenke. Bis zu Redaktionsschluss dieser sgv-Ausgabe hielt es Gaillard nicht für nötig, sich dazu zu äussern. Dabei wüsste er es besser. Bei den Malern und Gipsern wie auch im Gerüstbau besteht für Selbstständige eine Kautionspflicht, wie sie das Entsendegesetz vorsieht. Und die Kontrolleure auf den Baustellen – namentlich im grenznahen Raum – wünschten sich, dass die zu Kontrollierenden im Mindesten eine Mappe mit sämtlichen zur Klärung ihrer Selbständigkeit nötigen Dokumenten zwingend auf sich tragen müssten. Die Einführung einer solchen Ausweispflicht wird denn auch zurzeit – auf dringlichen Wunsch des sgv – im SECO geprüft. Eine Ausweispflicht, so Gaillard, würde eine rasche Abklärung der Selbständigkeit ermöglichen. Diesen Worten möge er doch bitte Taten folgen lassen, und zwar rasch. Die von unlauterer Konkurrenz gebeutelten Betriebe werden es Gaillard danken. En

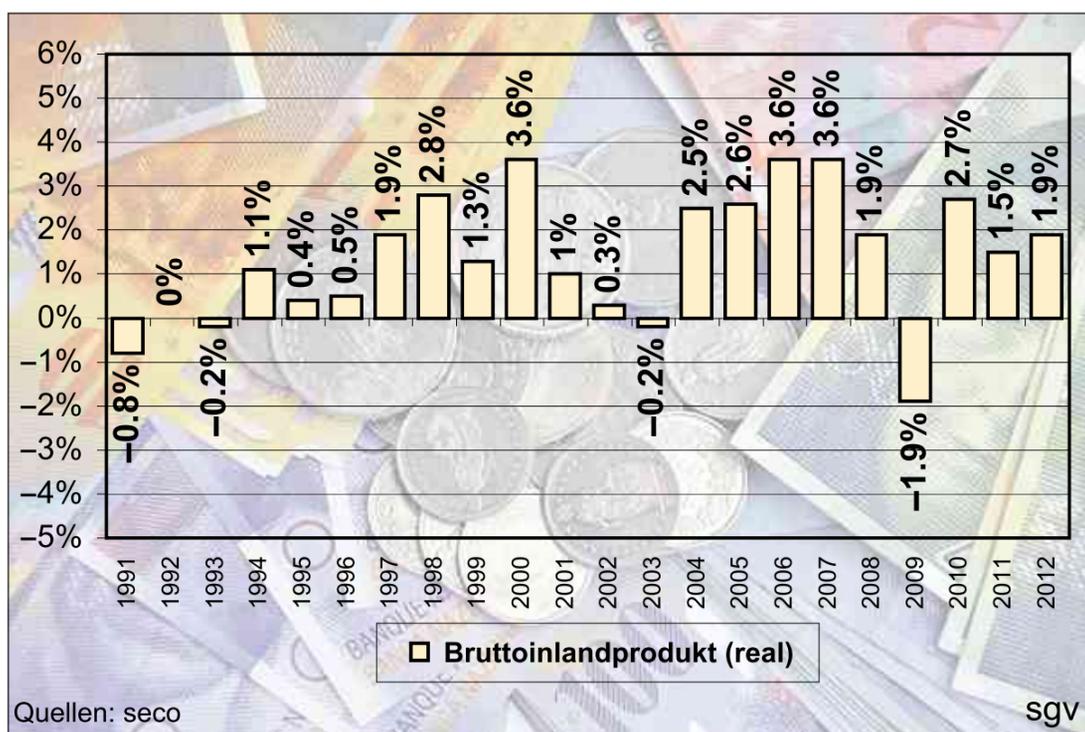


Von der ultraexpansiven Geldpolitik und der enormen Bilanzausweitung der Zentralbanken ist auch die Schweizerische Nationalbank – hier der Hauptsitz in Bern – nicht ausgenommen.

ZAHLEN DER WOCHE

Konjunkturabkühlung

Trotz der bislang noch lebhaften Wachstumsdynamik der Schweizer Wirtschaft verdichten sich die Anzeichen einer Verschlechterung der Exportentwicklung und einer damit verbundenen Konjunkturabkühlung im nächsten Jahr. Dank einer anhaltend robusten Konjunktur im Inland dürfte die Abschwächung aber relativ mild verlaufen. Die Expertengruppe des Bundes prognostiziert eine Verlangsamung des BIP-Wachstums von 2,7 Prozent im vergangenen und auf 1,5 Prozent im laufenden Jahr. Unter der Voraussetzung einer allmählichen Verbesserung der aussenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dürfte das Wachstum 2012 langsam wieder an Schwung gewinnen (+1,9 Prozent). Die wenig gefestigte weltwirtschaftliche Situation, die weiterhin angespannte Lage an den Finanzmärkten und die ungelöste Verschuldungsproblematik vieler Industrieländer bergen indes erhebliche Risiken für die Konjunkturentwicklung 2011 und 2012. Sorgen bereitet primär der ausgesprochen starke Schweizer Franken. Der handelsgewichtete reale Wechselkursindex des Franks befindet sich im



Herbst 2010 auf dem höchsten Stand seit Mitte der 1990er Jahre. Zwischen August 2008 und November 2010 beträgt die Aufwertung gemessen an

dem handelsgewichteten realen Wechselkursindex gut 14 Prozent, davon fast die Hälfte seit Anfang 2010. Diese starke Aufwertung dürfte nach

den Erfahrungen der Vergangenheit in den kommenden Quartalen noch verstärkt bremsend auf das Exportwachstum durchschlagen.

ECHO DER WOCHE

Erster Schritt zur Armee-Abschaffung

Zur Abstimmung vom 13. Februar über die Waffen-Initiative.



Die Schweizer Armee ist eine Bürgerarmee. Es ist deshalb logisch und richtig, dass der Soldat als Bürger bewaffnet ist. Es ist ebenso klar, dass die Entwaffnung dieses Bürgers – und genau dies will die Waffenschutz-Initiative – ein erster Schritt

zur Abschaffung der Armee ist, aber nur dieser Armee. Denn wir werden immer eine Armee haben, sei es die eigene oder eine fremde. Alles andere sind im besten Fall Illusionen. Wenn uns die fremde Armee, zum Beispiel die Nato, gut gesinnt ist, wird sie zumindest teurer werden als die eigene (Bürger-)Armee. Auch eine Profiararmee würde teurer. Ich bin überzeugt, dass die Formel des bewaffneten Bürgers immer noch die beste, günstigste und demokratischste Art der Landesverteidigung für unsere Gesellschaft darstellt. Deshalb ist am 13. Februar an der Urne ein Nein zur Initiative auch ein Ja zur Schweizer Armee. Heinz Lang, Tägertschi